

106. Sitzung 2. September 2003, 14.00 Uhr

Vorsitzende: Barbara Roth, Erlinsbach

Protokollführer: Urs Meier, Staatsschreiber-Stellvertreter

Tonaufnahme/Redaktion: Norbert Schüler

Präsenz: Anwesend 175 Mitglieder
Abwesend mit Entschuldigung 25 Mitglieder

Entschuldigt abwesend: Arpagaus Ursi, Rudolfstetten; Brentano Max, Dr., Brugg; Brizzi Simona, Ennetbaden; Bryner Peter, Möriken; Burgherr-Leu Thomas, Wiliberg; Dubach Manfred, Zofingen; Emmenegger Kurt, Baden; Fehlmann Hans Ulrich, Oberbözberg; Feri Yvonne, Wettingen; Forrer Walter, Oberkulm; Giezendanner Benjamin, Rothrist; Hug Rudolf, Oberrohrdorf; Kaufmann Rainer, Ruppertswil; Kistler Ernst, Dr., Brugg; Koch Hans-Jürg, Rothrist; Kunz-Keller Elisabeth, Unterendingen; Lüem Daniel, Hendschiken; Lüthi Benedikt, Lenzburg; Miloni Reto P., Mülligen; Müller Andrea-Ursina, Rombach; Plüss-Mathys Richard, Lupfig; Schweizer Heinrich, Waltenschwil; Steinmann Eugen, Baden; Unternährer Beat, Unterentfelden; Zubler Peter, Aarau

Vorsitzende: Ich begrüße Sie herzlich zur 106. Ratssitzung der laufenden Legislaturperiode.

1503 Postulat Sylvia Flückiger-Bäni, SVP, Schöftland, betreffend Änderung der Rahmenbedingungen für die Ausschreibungen über Sanierungen von Flachdächern; Einreichung und schriftliche Begründung

Von *Sylvia Flückiger-Bäni, SVP, Schöftland*, und 51 mitunterzeichnenden Ratsmitgliedern wird folgendes Postulat eingereicht:

Text:

Der Regierungsrat wird eingeladen, für künftige Wettbewerbe bei Ausschreibungen für die Sanierung von Flachdächern die Rahmenbedingungen wie folgt zu ändern: Es soll zwingend immer auch eine Variante mit traditionellem Dach geprüft werden.

Begründung:

Als Beispiel füge ich die Situation bei den Psychiatrischen Diensten in Königsfelden an. Obwohl hier schöne, historische Gebäude vorhanden sind, wurden seinerzeit Pavillons mit Flachdächern bewilligt, was äusserst schlecht in die Landschaft passt. Jetzt müssen die Pavillons saniert werden, die Flachdächer sind undicht, das Phänomen dieser Bauweise ist bekannt.

Trotzdem wurden erneut Flachdächer geplant und bewilligt. Man geht das Risiko ein, in einigen Jahren erneut sanieren zu müssen.

Ein schlankes, traditionelles Dach mit entsprechendem Vordach wäre nicht nur optisch ansprechender, es würde auch die Fassaden entsprechend schützen.

Gleichzeitig soll bei künftigen Dachsanierungen bei der Planung eine Variante mit Holz geprüft werden.

1504 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜP); Eintreten, Beginn der Detailberatung

(Vorlagen vom 12. März 2003 und 18. Juni 2003 des Regierungsrates samt Änderungsanträgen vom 16. Mai 2003 der nichtständigen Kommission ALÜP)

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Das Thema der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung in unserem Kanton ist sehr alt und nicht ganz frei von politischem Sprengstoff. Bereits im Dezember 1997 reichte die CVP ein Postulat mit dieser Forderung ein, gefolgt von einem solchen der SVP Fraktion im November 1999. Dr. Andreas Binder lancierte am 7. Dezember 1999 eine Motion, Dr. Daniel Heller ein Postulat am 7. März 2000. Alle Postulanten und Motionäre wollten den Staatshaushalt unseres Kantons entrümpeln von alten Aufgaben und Leistungserbringungen, die sich in der Zeit angesammelt hatten und die nicht mehr zur Aufgabenerfüllung eines modernen Staates gehören.

Die jetzt gewählte Regierung - von der Regierung, die bei der Einreichung des ersten Postulates im Amt war, sitzt kein Mitglied mehr im heutigen Regierungsrat - erliess am 19. Juni 2002 die Botschaft 02.213 zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung.

Die zur Behandlung dieses Geschäfts ins Leben gerufene nichtständige Kommission nahm ihre Arbeit am 12. September 2002 auf. Seitens der Regierung werden wir begleitet vom damaligen Landammann und Gesundheitsdirektor Ernst Hasler.

Es folgten weitere 6 Sitzungen. Zur zusätzlichen Behandlung und Integration wurde uns die Beantwortung der FDP Interpellationen 02.153 bis 02.178 zugewiesen. Zusätzlich erhielten die Fraktionen im Grosse Rat die Möglichkeit, eigene Vorschläge zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung zu formulieren. Dieser 3. Teil ist aus zeitlichen Gründen

noch nicht Gegenstand der Behandlung. Er wird in einer separaten Botschaft im Spätherbst nachgeliefert.

Ich möchte mich hier beim zuständigen Regierungsrat und bei allen involvierten Kreisen im Namen der ganzen Kommission für die geleistete Arbeit und für das gute Klima herzlich bedanken.

Zum Eintreten: Die Kommission beschäftigte sich in der ersten Sitzung mit dem Eintreten und mit der Vorgehensweise. In der Eintretensdebatte kam verschiedenerorts zum Ausdruck, dass der Grosse Rat eine andere Botschaft erwartet hätte, eine mit konkreten, mit Zahlen belegten Vorschlägen zur Leistungsüberprüfung. Schliesslich wurde in den oben erwähnten persönlichen und Fraktionsvorstössen gefordert, ein Einsparpotential von zwischen 100 und 200 Mio. Franken aufzuzeigen.

In der Eintretensdebatte wurde der Frage, ob diese Botschaft eine Sparvorlage sei oder nicht, breiter Raum eingeräumt. Aus der Mitte der Kommission wurde argumentiert, dass das strukturelle Defizit nur mit einer Leistungsüberprüfung überwindbar sei. Es gehe nicht darum, das bestehende System noch weiter auszupressen, sondern das System zu überprüfen und gegebenenfalls zu erneuern. Weiter wurde argumentiert, dass der Staat längerfristig nicht schneller wachsen dürfe als die Wirtschaft. Wir verschlössen uns der Tatsache nicht, dass der Staat neue Aufgaben anpacken müsse, dies dürfe aber nicht unter Inkaufnahme einer höheren Staatsquote erfolgen, wie bis jetzt üblich, sondern durch eine Reduzierung oder Streichung einer der übrigen Aufgaben. Diese Vorlage als reine Sparvorlage zu qualifizieren oder zu disqualifizieren greife also zu kurz.

Weiter wurde in der Eintretensdebatte festgestellt, dass zwar in der Botschaft des Regierungsrates von einer Analyse sämtlicher vom Staat geleisteten Aufgaben im Hinblick auf ihre Legitimität, ihre Standards und Kosten und die gleichzeitige Festlegung der Kernaufgaben des Kantons die Rede sei, es aber im Auftrag, wie ihn die Firma Novo Consult beschreibt, heisst, eine flächendeckende Überprüfung stehe nicht zur Diskussion. Hier ortet die Kommission einen Widerspruch! Eine Diskussion wurde auch geführt über die Fragen der Effizienz und der Effektivität. Für die Effizienz, also die leistungsoptimierte Erfüllung einer von der Legislative beschlossenen Aufgabe, sei der Regierungsrat alleine zuständig.

Über die Frage der Effektivität, also welche Aufgabe auf welcher Ebene und durch wen ausgeführt werden solle, müsse diese Kommission sich aussprechen. Alle in der Kommission vertretenen Fraktionen sprachen sich dafür aus, sich der Diskussion mit der Regierung nicht zu verweigern.

Eine Diskussion aus der Mitte der Kommission wurde auch darüber geführt, wie die Arbeit der Kommission im Vergleich mit den anderen ständigen und nichtständigen Kommissionen zu definieren sei. Genannt wurden die Staatsrechnungskommission, die Kommission zur Errichtung eines Legislaturfinanzplanes oder die Kommission zur Aufgabenneuverteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Diese letztgenannte Kommission müsse sich mit den, wie der Regierungsrat mehrfach ausführte, ungleichen Finanzströmen zwischen Kanton und Gemeinden befassen. Da sich diese Kommission zu einer Kostenneutralität verpflichtet habe, seien die Spielräume in diesem Bereich aber sehr eng. Eine Massnahme, die uns der Regierungsrat vorlegt, kreist

um diese Frage. Ob unsere ALÜP Kommission hier diesen Rahmen sprengen dürfe, sei eine ganz heikle Frage, die dann in den betreffenden Einzelfällen diskutiert werden müsse.

Die SRK zu guter Letzt beschäftige sich mit der Festsetzung des Budgets und der Abnahme der Rechnung, also immer nur im Jahresrhythmus und gehe nicht in die Tiefe der Aufgabenüberprüfung.

Eine weitere intensive Diskussion wurde über das weitere Vorgehen geführt. Ein sogenannt "iterativer Weg" wurde ausgeschlossen. Die Erfahrungen, die mit diesem Weg in der Legislaturfinanzplankommission gemacht wurden, schreckten eher ab. Die Kommission einigte sich auf folgende Vorgehensweise:

1. Es wird festgestellt, dass der Regierungsrat uns mit der Botschaft einen von der Firma Novo Business Consults AG erarbeiteten Bericht mit 38 Massnahmen mitliefert. In diesem Bericht fehlen aber eine Priorisierung der einzelnen Massnahmen und eine Auflistung der genauen finanziellen Konsequenzen der vorgeschlagenen Massnahmen.

Die Kommission impliziert in diese Vorgehensweise der Regierung, dass der Grosse Rat von Beginn weg in die Ausarbeitung von konkreten Vorschlägen zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung einbezogen werden soll. In anderen Kantonen und bei der Eidgenossenschaft haben die entsprechenden Regierungen ein anderes Vorgehen gewählt. Dort erarbeiteten die Regierungen (beispielsweise der Kanton Zürich) Sparvorschläge, die dann später - unter Einbezug der entsprechenden Kantonsparlamente post festum - umgesetzt werden sollen, wie aber, wurde dort nie genau erklärt.

2. Aus der oben gemachten Feststellung schlägt die Kommission nun dem Plenum vor, die Regierung des Kantons Aargau zu beauftragen, mit welcher Priorisierung welche Massnahmen weiterverfolgt werden sollen. Zur verbesserten Beurteilung dieser Priorisierung verlangte die Kommission bei einzelnen Massnahmen Zusatzberichte. Es geht also in dieser Runde noch nicht darum, inhaltlich über die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung zu diskutieren, sondern darum, der Regierung konkrete Aufträge zu erteilen, in welcher Richtung und in welchem Tempo konkrete Botschaften zu erstellen seien. Aus diesem Grund sollen die Massnahmen in Prioritäten 1-3 eingeteilt werden. Die Folgen dieser Prioritäten sind in den Anträgen, rote Synopse, Antragspunkte 3 und 4 formuliert. Dies ist nun die Aufgabe der heutigen Diskussion.

Die Kommission will also heute noch keine inhaltliche Diskussion über die einzelnen Massnahmen, sondern sie will konkrete Aufträge an die Regierung geben. Warum die Kommission welche Massnahme in welcher Priorität eingeteilt hat, gebe ich bei der Diskussion über die einzelnen Massnahmen bekannt.

3. Es wird weiter festgestellt, dass es nicht die Aufgabe des Grossen Rates sein kann, einzelne substanziierte Botschaften zu erstellen. Das fällt ganz eindeutig in den Aufgabenbereich der Regierung.

4. Die Kommission sieht die Weiterbearbeitung der geforderten Botschaften und Berichte in den einzelnen ordentlichen Fachkommissionen des Grossen Rates. Die ALÜP-Kommission sieht ihren Einsatz bei übergreifenden Aufgaben oder bei Massnahmen der allgemeinen Staatsführung.

Dieser Entscheid der Zuteilung wird dann zumal bei Vorlage der einzelnen Botschaften vom Büro gefällt.

5. Die Regierung sieht vor, bereits im Budget 2004 eine Entlastung aus Massnahmen dieses Katalogs zu generieren. Dies schliesst sich mit unserem Vorschlag für das weitere Vorgehen nicht aus.

6. Zusätzlich zu den 38 Massnahmen des Novo Consult Berichtes will die Kommission die durch die FDP-Interpellationen 02.153 - 02.178 gestellten Fragen in dieses Vorgehen eingebettet wissen. Konkrete Anträge über deren Weiterverfolgung liegen heute vor. Daraus ergeben sich insgesamt 58 Massnahmen, davon fallen 44 Massnahmen in die Priorität 1, 4 Massnahmen in die Priorität 2 und 10 Massnahmen in die Priorität 3 zu geben. So lautet der Antrag der Kommission. Es wurde in diesem Zusammenhang diskutiert, ob nicht die Anzahl der Massnahmen, die in die Priorität 1 fallen, zu hoch sei. Die Mehrheit der Kommission war aber schlussendlich der Überzeugung, dass die Zeit nun gekommen sei, die Problematik der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung flächendeckend vorzunehmen.

7. Zusätzlich räumte die Kommission den einzelnen Fraktionen Zeit ein, selber Vorschläge zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung zu formulieren. In diesem Bereich sind Vorschläge eingegangen, die in der Kommission in gleicher Weise bearbeitet wurden.

Die Beantwortung durch die Regierung steht in dieser Frage noch aus. Die Kommission will aus Zeitgründen aber nicht warten, bis diese Beantwortung eintrifft, sondern mit den vorhandenen Massnahmen beginnen. Die Vorschläge der Fraktionen werden in einer separaten Botschaft dem Grossen Rat zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt.

Aus den dargelegten Gründen schlägt die Kommission ein zur Botschaft 02.213 abgeändertes Antragsdispositiv vor. Abweichungen zum Regierungsrat ergeben sich in Punkt 3, in dem die Kommission den Auftrag an die Regierung enger und konziser formulieren will als dies die Regierung entgegennehmen will. In den anderen 4 Punkten herrscht Übereinstimmung. Es geht der Kommission vor allem darum, dass nach 340 Seiten Berichten und Vertiefungen nun dringend Umsetzungsschritte erfolgen müssen. Die Kommission will keine Zwischenschritte mehr einlegen, da das ein Einschwenken auf einen "iterativen Prozess" bedeuten würde. Dass die Kommission das nicht will, habe ich schon weiter oben dargelegt. Mit den von der Kommission verlangten Zusatzabklärungen haben wir einen qualifizierten Feedback gegeben. Dazu kommt noch, dass die Regierung am 20. August den Teilnehmenden am Säulenhausgespräch ein 720 Mio. Paket angekündigt hat. Ich gehe davon aus, dass dieses Paket die Vorarbeit, die in dieser Kommission geleistet wurde, aufnimmt.

Die Kommission trat mit einer Gegenstimme auf das Geschäft ein und genehmigte das abgeänderte Antragsdispositiv ohne Gegenstimme.

Vorsitzende: Wir kommen zur Eintretensdebatte. Stillschweigendes Eintreten erklärt die SD/FP-Fraktion.

Pascal Furer, SVP, Staufen: Ich spreche im Namen der SVP-Fraktion. Der Staat ist in den vergangenen Jahren massiv schneller und stärker gewachsen als die Wirtschaft. Ständig mehr Aufgaben erledigt die Verwaltung immer perfekter. Leider können wir uns diesen Luxus gar nicht

leisten. Deshalb ist es höchste Zeit für die vorliegende Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, welche erst ein kleiner Schritt in die richtige Richtung ist.

Auf die vorliegende Botschaft hingegen dürfte eigentlich nicht eingetreten werden. Weder enthält sie Anträge zu Gesetzesänderungen oder andere klare Massnahmen noch die Meinung der Regierung. Um nicht noch mehr Zeit zu verlieren, tritt die SVP aber trotzdem auf die Vorlage ein und schliesst sich der Kommissionsmeinung an. Diese verlangt Beschlussentwürfe zu einem grossen Teil der Massnahmen, Botschaften, die von den Fachkommissionen vorberaten und vom Grossen Rat beschlossen werden können.

Für die Zukunft wünscht sich die SVP von der Regierung beratungsreife Geschäfte, bei denen die Kommissionen nicht die halbe Zeit dafür verwenden muss, um das "Wie weiter" zu besprechen und ein Jahr ins Land zieht, ohne dass sich etwas ändert!

Spielen wir also nun den Ball zügig an die Regierung zurück, ohne uns in den Details zu verlieren. Zeigt sich eine Massnahme als untauglich zur Entlastung des Staatshaushaltes, kann uns die Regierung immer noch die Rückstufung der Priorität beantragen oder wir lehnen die Massnahme mit der entsprechenden Botschaft ab!

Marcel Züger, SP, Umiken: Ich spreche im Namen der SP-Fraktion. Die grosse Mehrheit der SP-Fraktion tritt auf dieses Geschäft ein. Damit geben wir eine grundsätzliche Zustimmung, den Staat, was er macht und wie er es macht unter die Lupe zu nehmen. Es ist für uns ein selbstverständlicher Akt der Selbstkritik, ein Akt des Entrümpelns, wie er ab und zu ansteht. Ich persönlich ging sehr enthusiastisch an die Arbeit. Ich sah in dieser Kommission einen Weg, das jährliche Gerangel bei der Budgetdebatte zu umgehen und stattdessen grundsätzlich mit Bedacht, im Wissen um die Konsequenzen, die Staatsfinanzen zu durchleuchten und so - wenn immer möglich - ins Lot zu bringen. Das war die Vergangenheit.

Heute besteht bei mir ein gerütteltes Mass an Ernüchterung. Ich sehe heute vielmehr ein Exempel, das symptomatisch ist für den Zustand und die Umgangsformen der Aargauer Politik. Wir haben WOV, die Aufgabenteilung, wir haben das regierungsrätliche 720 Millionenprogramm, diverse departementsspezifische Reformprojekte und wir haben ALÜP. Man kann den Eindruck bekommen, es fehlten fundierte Prioritäten, als würden wir unsere Kräfte verzeteln. Dies mag vordergründig auch so sein. Wenn man etwas tiefer geht, dann kann man schon feststellen, dass engagiert Reformen angepackt werden. Was über die Ziellinie geht bzw. eher humpelt, das ist ein mageres und gerupftes Huhn. Trotz Gegenwind wird versucht, politische, persönliche, bestimmt auch sach- und fachorientierte Erfolge zu verbuchen. Damit wird Projekt um Projekt vom Stapel gelassen. Dieses Vorgehen, so denke ich, muss zwangsläufig scheitern, - solange scheitern, als dass auf jeden, der sich eine Blösse gibt, eingedroschen wird. Solange wird auch eine offene Kommunikation zwischen der Verwaltung, der Regierung und dem Parlament als Ganzes und auch dem Parlament von Fraktion zu Fraktion nicht möglich sein. Für mich ist es nötig, dass wir wieder zu einem offenen Dialog und einem Stück Vertrauen finden, was eine Grundlage ist für die Weiterentwicklung dieses unseres Staates. Es liegt also an uns, Fehler einerseits zu wagen, Fehler aber auch zu tolerieren!

Die SP-Fraktion will sich mit Ihnen zusammen auf eine Diskussion einlassen. Dass der Staat keine grundsätzlich überflüssigen Aufgaben übernimmt, geht aus dem Expertenbericht der Novo Consult eindeutig hervor. Es steht hier aber auch ausdrücklich, dass Modernisierungspotential und -bedarf besteht und dass auch ein namhaftes Mass an Mitteln eingespart werden kann. Einige der aufgeführten Vorschläge sind nur vage gehalten. Andere enthalten verschiedene Varianten. Deshalb lege ich Wert darauf, dass unsere Fraktion verschiedene Themen gerne einer genaueren Betrachtung unterzieht, dass wir uns aber auch ausdrücklich vorbehalten, zu gegebener Zeit die konkreten Vorlagen allenfalls abzulehnen.

Ich möchte noch eine Bitte an den Regierungsrat formulieren: Vor dem Hintergrund der Vielzahl der Reformprojekte und der verschiedentlich geforderten Stellenplafonierung oder gar Stellenreduktion, bitte ich den Regierungsrat, uns zu sagen, wer und in welchem Zeitraum diese Botschaften, diese erhebliche Arbeit, die auf die Leute zukommt, bewältigen soll!

Hans Bürge, EVP, Safenwil: Ich spreche im Namen der EVP-Fraktion. Nach Ansicht unserer Fraktion war das ganze Geschäft von Anfang an begleitet von Unzulänglichkeiten, Überraschungen, Widersprüchlichkeiten, Undurchsichtigkeiten und Verwirrnissen. Beginnen wir beim ersten Grundlagenpapier, beim Bericht der Novo Consult. Normalerweise halte ich mich und mit mir meine Partei mit öffentlicher Kritik an der Regierung zurück. Aber im vorliegenden Fall ist der Auftrag an den Berater mit einem Befreiungsschlag aus Verzweiflung zu vergleichen. Wie im Krieg, wenn der Druck von aussen zu gross wird, hat die Regierung eine interne, strategisch ausgerichtete Übung abgebrochen und einfach einmal etwas gemacht, damit man dem Feind - immer bildlich gesprochen, dem Grosse Rat - einen Knochen zum Frass hinwerfen kann. Damit hat man wieder etwas Ruhe. Nur: an unserem Knochen ist kaum Fleisch dran. Zudem hat dieser Knochen einen eindringlichen Geruch von Moder, denn was da an Massnahmen vorgeschlagen wird, ist fast durchwegs Aufgewärmtes, also längst Bekanntes. Mageres Fleisch, in das sich schon WOV-, Bildungs- und Gesundheitsspezialisten - um nicht zu sagen Wölfe - verbissen haben. Bei einigen Positionen handelt es sich auch um totes Fleisch, an dem sich bereits die Aasgeier gütlich tun. Den Nahrungsgehalt dieses Knochens betrachten wir als sehr gering, d.h. dass dafür zwar einige 100'000 Franken bezahlt worden sind - ich spreche immer noch vom Novo Consult-Bericht - aber kaum wirklich neue Sparpotentiale an den Tag gekommen sind. Nebenbei frage ich mich noch, ob dieser Auftrag gemäss Submissionsverordnung vergeben worden ist! Wie falsch die Aufgabe an den Berater gestellt oder von diesem verstanden worden ist, zeigt folgendes Zitat aus dem Bericht: "Im Rahmen dieses Auftrages stand eine flächendeckende Überprüfung nicht zur Diskussion, selbst wenn eine solche zusätzlich zu interessanten Ergebnissen führen könnte." Kurzum: Der Aargau hat für einen ungeniessbaren Knochen viel zuviel bezahlt. Immerhin, eines ist dem Regierungsrat mit diesem Knochen gelungen, nämlich Verwirrnis zu stiften und so etwas Gelegenheit zum Atmen zu haben. In der ersten Sitzung haben wir nämlich in der Kommission nicht so recht gewusst, was wir damit anfangen sollen, bis wir uns schliesslich auf den Weg der Prioritätensetzung einigen konnten. Zum Glück haben verschiedene Fraktionen noch Vorstösse und weitere Ideen

eingereicht bzw. eingebracht. Bleibt zu hoffen, dass sich der Nahrungsgehalt dieser als substanziell erweisen wird! Aufgrund der vorliegenden Informationen kann dies weder bei den Massnahmen aus dem Expertenbericht noch bei den durch die Fraktionen eingebrachten Ideen schlüssig beurteilt werden. Aufgrund des unterschiedlichen Reifegrades der Verbesserungsideen erachtet die EVP-Fraktion das unübliche Vorgehen, dass ein Geschäft in 2 oder noch mehr Etappen behandelt wird, als für diese Vorlage geeignet. Damit habe ich bereits angedeutet, dass meine Fraktion trotz harter Kritik an der Regierung für Eintreten ist.

Abschliessend möchte ich festhalten, dass wir nicht daran glauben, mit diesem Geschäft einen substanziellen Beitrag zur Gesundung unserer Staatsfinanzen erreicht zu haben. Obwohl wir nicht zu der kleinen privilegierten Minderheit gehören, welche bereits etwas von der Qualität des Fleisches am neu angekündigten Knochen - diesem riesigen Sparknochen von 720 Millionen Franken der Regierung - wissen, erhoffen wir uns von dieser neuen Übung etwas mehr!

Um zum Schluss der Regierung noch die Hand zur Versöhnung reichen zu können, möchte ich - zwar noch in Unkenntnis des Inhaltes, aber in klarem Bewusstsein, dass der neue Knochen noch manch schmerzhaftes Herunterwürgen verursachen wird, - der Regierung zu dieser neuerlichen Anstrengung gratulieren. Sie nimmt damit wieder - hoffentlich mit langfristiger Strategie - das Heft in die Hand, wie es sich für eine gute Regierung gehört!

Erwin Berger, CVP, Boswil: Ich spreche im Namen der CVP-Fraktion. Wir haben es vom Kommissionspräsidenten gehört: die Forderung, das Thema Aufgaben- und Leistungsüberprüfung an die Hand zu nehmen, ist sehr alt. Deshalb freut es die CVP, dass ihre Forderung von 1997 nun umgesetzt wird. Ob der jetzt gewählte Weg jedoch der richtige und effiziente Weg sein wird, lassen wir vorerst noch offen. Wir danken dem Regierungsrat und der Kommission ALÜP für die geleisteten Vorarbeiten und hoffen, dass nun speditiv an der Umsetzung dieses Anliegens gearbeitet wird! Weitere Verzögerungen sind unseres Erachtens nicht begründbar.

Wichtig ist, dass nun diese erste Tranche, wie sie vorliegt, rasch umgesetzt werden kann und die Regierung dem Parlament die erforderlichen Gesetzesrevisionen vorlegen kann. Weiter nehmen wir an, dass diese heute zu behandelnden Vorschläge und Massnahmen im angekündigten 720 Millionenpaket der Regierung Aufnahme finden werden.

Die CVP-Fraktion steht grösstenteils hinter den vorliegenden Anträgen der Kommission. Mit dem Tempo, wie es der Regierungsrat in Antrag 3 vorsieht, sind wir jedoch nicht einverstanden und werden deshalb einen Antrag stellen. Ich hoffe, dass wir uns in den nächsten Minuten wirklich den vorgeschlagenen Priorisierungen widmen können und nicht schon in ellenlange Detaildiskussionen verwickelt werden. In diesem Sinne tritt die CVP auf die Vorlage ein und wird in der Detailberatung grösstenteils den Anträgen der Kommission zustimmen.

Dr. Daniel Heller, FDP, Erlinsbach: Ich spreche im Namen der FDP-Fraktion. Verschiedene Fraktionen dieses Rates sind sich seit 1999 einig. Wenn der Staat dort, wo er aktiv ist und sein muss, auch in Zukunft ein starker Staat sein will, muss er sich im Gegenzug von Aufgaben, die "man einfach immer gemacht hat", trennen. Das ist der Ansatz dieser vom

Parlament geforderten Auslegeordnung zur Überprüfung der vom Staat erfüllten Aufgaben und Leistungen. Nur ein derartiges Vorgehen erlaubt es, die Probleme des Aargauer Staatshaushaltes strukturell anzugehen.

Notwendig ist, sie an der Wurzel zu packen, denn das, was wir notgedrungen bisher im Rahmen des Budgets gemacht haben, war oft nicht mehr als reine Symptombekämpfung!

Der Regierungsrat blieb dem Grossen Rat - trotz Überweisung von verschiedenen Vorstössen - über 3 Jahre eine Auslegeordnung zur Ausgabenüberprüfung schuldig. Die strukturellen Probleme unseres Haushaltes nahmen in der Zwischenzeit ungemindert zu. Zweimal musste der Grosse Rat die Regierung zwingen, mit einem ausgeglichenen Haushalt ins neue Budgetjahr zu treten, um eine ungehemmte Defizitwirtschaft zu verhindern.

Dass wir heute, im September 2003 endlich eine erste Auslegeordnung vornehmen können, ist also nicht dem Regierungsrat zu verdanken. Die Exekutive hat das Geschäft verschleppt und bisher nicht mit der nötigen Priorität verfolgt. Entsprechend hat man uns auch einen unausgegorenen Bericht, ergänzt mit ein paar Zusatzkommentaren, vorgelegt. Es ist der Kommission zu verdanken, dass wir heute überhaupt eine brauchbare Vorlage haben. Und es ist der Kommission ebenfalls zu verdanken, dass Plenum und Regierung nach ihren Beratungen der Exekutive klare Indikationen liefern, wo anzusetzen ist und wo nicht!

"Quousque tandem abutere patientia nostra?" ("Wie lange noch willst Du unsere Geduld missbrauchen?" Red.) ist man mit Cicero geneigt auszurufen, wenn man die Stellungnahme der Regierung zu Antrag 3 der Kommission sieht. Die ALÜP-Kommission hat zunächst zu den meisten der von Novo Consult erarbeiteten Massnahmen vertiefte Abklärungen verlangt. Erst dann hat sie alle Massnahmen abschliessend in 3 Kategorien eingestuft:

- Priorität 1: Umsetzung jetzt einleiten; der Grosse Rat erwartet Entscheidungsgrundlagen in Form von konkreten Vorlagen.
- Priorität 2: Mittelfristig realisierbar; Auswirkungen müssen noch vertieft abgeklärt werden.
- Priorität 3: Keine Weiterverfolgung, weil politisch nicht mehrheitsfähig oder ohne Chance.

Wir haben dazu vertiefte Zusatzabklärungen und Grundlagen verlangt. Wir wollen durch Zusatzabklärungen zu den finanziellen und politischen Auswirkungen zu Beurteilungskriterien und zu Aufschlüssen gelangen, welche eine politische Diskussion über die Aufgaben und Leistungen ermöglichen. Der Kommission ALÜP lagen am Schluss der Beratung insgesamt 340 Seiten Unterlagen vor. Wer jetzt weitere Zusatzberichte verlangt, soll sich zuerst darüber ausweisen, dass er diese 340 Seiten gelesen hat!

Die FDP-Fraktion will nach 340 Seiten Berichten und Abklärungen und einem Jahr Kommissionsarbeit jetzt endlich Umsetzungsschritte. Die ALÜP Kommission hat durch Priorisierungen einen ausreichend qualifizierten Feedback gegeben. Wenn das Plenum dieses Vorgehen heute sanktioniert, ist die Regierung auf Basis dieses Feedbacks auch handlungsfähig!

Nun wird eingeworfen, man möchte noch vertiefter abklären, welche Konsequenzen einzelne Massnahmen hätten.

Genau das wollte die Kommission auch. Es liegt gewiss nicht am Parlament und an der Kommission, wenn die von der Regierung gelieferten Unterlagen nicht den nötigen Vertiefungsgrad aufweisen. Und es ist nicht zu erwarten, dass eine neue Berichtsrunde daran Substanzielles ändert. Die FDP-Fraktion hat darum gar kein - aber auch wirklich gar kein - Interesse daran, noch einmal ein Jahr mit Berichten über mögliche Konsequenzen von Massnahmen zu vertrödeln!

Wer weitere Berichte und Abklärungen will, muss nicht das Antragsdispositiv anpassen, sondern die Rückstufung einer Massnahme von Priorität 1 in Priorität 2 beantragen. Denn Priorität 2 heisst per definitionem: Es sind weitere Zusatzabklärungen nötig, bevor die Umsetzung eingeleitet wird. Zu Massnahmen Priorität 1 will die FDP Fraktion jetzt - und nicht am Sankt Nimmerleinstag - Vorlagen!

Wir beantragen Ihnen darum einstimmig, Antrag 3 im Sinne der Kommission zu unterstützen!

Die Frage, welche Aufgaben der Staat auf welchem Niveau zu erfüllen hat, ist keine objektiv wissenschaftlich zu beantwortende Fragestellung, sondern eine politische Frage. Sie abschliessend zu beantworten, ist heute nicht unsere Aufgabe. Eine abschliessende Beantwortung erfolgt letztlich im Rahmen des normalen politischen Prozesses: Vorentwurf einer Vorlage - Vernehmlassungsverfahren - definitive Vorlage - Beratungen in Kommission und Plenum und nötigenfalls Vorlage vor das Volk!

Am Beschreiten dieses Prozesses - mit all seinen Risiken - können auch 20 Zusatzberichte nichts ändern. Was aber passieren kann, wenn die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung nicht bald zu einer Teilentlastung des Staatshaushaltes beiträgt, ist, dass wir gezwungen werden, Hauruckübungen im Rahmen des Budgets zu unterstützen - Vorschläge liegen auf dem Tisch oder werden herumgeboten: Investitionsstop, Personalabbau usw. - oder dass möglicherweise die daraus resultierenden Vorlagen nach 2005, also von einem neuen Grossen Rat beraten werden, der in der Erarbeitung der Grundlagen mehrheitlich überhaupt nicht einbezogen war und der dementsprechend andere Prioritäten setzen wird.

Die FDP-Fraktion will darum den systematischen Weg der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung gehen. Wenn dieser fallieren sollte, werden für uns auch für Radikalmassnahmen diskussionswürdig!

Namens der FDP Fraktion stelle ich abschliessend fest: Es ist Zeit zu handeln! Treten Sie auf das Geschäft ein und unterstützen sie die Anträge der vorberatenden Kommission und lehnen Sie die Anträge der Regierung und der CVP, die weitere Vertiefungsberichte verlangen, ab!

Geri Müller, Grüne, Baden: Ich spreche im Namen der Fraktion der Grünen. Nach diesem feurigen Votum von Herrn Heller möchte ich andere Überlegungen in die Diskussion über ALÜP einbringen. Nachdem wir heute Morgen den Kanton halb in den Boden gefahren haben, haben Sie die Gelegenheit, das noch endgültig zu vollbringen, indem Sie wichtige Aufgaben des Staates streichen. Wir werden mit allen Möglichkeiten versuchen, das noch zu retten, was noch zu retten ist! Wenn Sie den Novo Consult-Bericht lesen, schreiben die unabhängigen, externen Experten deutlich: Die Zitrone des Staates sei ausgepresst. Wenn man jetzt noch etwas mache, dann gehe es um realen Abbau von

staatlichen Leistungen. 38 Massnahmen stellen sie vor, innerhalb derer konkrete Vorschläge gemacht würden. Es wurde kritisiert, dass sie nicht priorisiert sind.

Man hat dann zu diesen 38 Massnahmen 26 Vorstösse der FDP-Fraktion dazugenommen und eine Umfrage gestartet, wonach dann nochmals Ideen von weiteren Parteien dazukamen. Von diesen unzähligen Vorschlägen hat man sich auf 58 geeinigt und davon 75% in die 1. Priorität genommen, also auch nicht priorisiert. D.h. jetzt kann sich der Kanton, die Regierung, die Verwaltung mit diesen Geschäften herumschlagen und sich überlegen, wie sie uns das schmackhaft machen wollen. Wenn man sieht, wie gut die Regierung unterstützt ist von ihren wesentlichen Parteien, dann gute Nacht und viel Erfolg in den nächsten Monaten!

Zum Inhalt: Die Vorschläge, die hier gemacht werden, haben unterschiedliche Flughöhen. Das sind teilweise Einsparungspotentiale von wenigen tausend Franken, die aber relativ viel Arbeit bringen, um das wirklich zu erreichen. Auf der anderen Seite gehen wir aber an die Substanz. Ganz konkret: Bei der Bildung und der Gesundheit sind offenbar die Mehrheit der Kommissionsmitglieder bereit, massiv abzubauen. Man sagt dann schön: schlanker zu fahren! Immerhin treffen wir dort bei der Bildung auch Schulen, wo die Opposition im Lande dann wachsen kann, wo sich die Leute dann auch dagegen wehren. Es sind nicht nur die Primarschulen, die dran glauben müssen. Trotzdem stellen wir fest: Nach all diesen Übungen, 12 Jahre bürgerliche Regierung und bürgerliches Parlament: Legislaturplan gescheitert, Aufgabenteilung Kanton - Gemeinde, ALÜP usw. - wir versuchen am falschen Ort zu arbeiten und einzusparsen. Das ist eine Sisiphusarbeit, so kommen wir nicht weiter! Bei diesen Mehrheiten, die hier gesetzt worden sind, ist es eine Traumwanderung durch das Nichts! Wir werden da also sehr viel zu tun haben!

Wenn wir jetzt versuchen, trotzdem auf dieses Geschäft einzutreten - und die Grünen sind ja wirklich kooperativ und versuchen den Weg im Ihnen zu teilen -, dann werden wir einfach versuchen, die einzelnen Dinge zu retten für die es sich lohnt, noch zu kämpfen. Bei den anderen Dingen hoffen wir dann, dass auch die Bevölkerung endlich aufsteht und sich das nicht bieten lässt, dass man noch mehr wegnimmt. Wir müssen ganz klar feststellen, dass aus der ALÜP eine weitere Sparrunde geworden ist. Zusammen mit dem Paket, das wir heute Morgen verabschiedet haben, beginnen wir eine Horrorfahrt in eine Zukunft, von der wir nicht wissen, wie das rauskommt.

Wir möchten Sie nochmals bitten, sich noch einmal gut zu überlegen, ob die Geschäfte, die jetzt auf der Prioritätsstufe 1 gelandet sind, für Sie wirklich prioritär sind und ob Sie diese dem Sparwahn aufopfern wollen oder ob man sich nicht doch einmal überlegen müsste, ob wir auf diese Dinge - Steuereinnahmen oder eben wie heute das Steuerpaket - nicht verzichten können. Wenn Sie auf Ihre Entscheidung von heute Morgen zurückkommen wollen, dann haben wir noch Unterschriftenbogen hier. Meine Fraktion wird also weiterhin Unterschriften sammeln, damit das Volk entscheiden kann, ob es diese Radikalkur will oder nicht. Wir werden uns also bei den Details wieder äussern. Unsere Fachleute werden dort versuchen, das zu retten, was noch zu retten ist. Ansonsten sind wir für Eintreten auf die Vorlage.

Vorsitzende: Wir kommen zu den Einzelvoten.

Dr. Andreas Binder, CVP, Baden: Wenn wir die Finanzprobleme unseres Kantons nachhaltig lösen wollen, müssen wir uns den Überblick im Grossen verschaffen und die zentralen Kraftlinien und Trends eruieren. Tun wir dies, dann sehen wir in den grossen Zügen ein überraschend klares Bild. Ausgangslage in der Analyse ist die Frage, wo die zentralen Probleme liegen, welche die Politik lösen muss. Es gibt 2 grosse Trends: 1. Den Trend zur Globalisierung. Viele Probleme, mit denen wir täglich zu tun haben, sind nationale und internationale Probleme. Ich nenne nur 3 Beispiele neben vielen: Die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zwecks langfristiger Sicherung unseres Wohlstandes. Das Migrationsproblem. Die Umweltproblematik. Diese Probleme müssen wir auf nationaler und internationaler Ebene lösen.

2. Quasi als Gegenbewegung dazu: Die Sehnsucht nach Heimat, nach dem Überschaubaren, dem Fassbaren und dem Gestaltbaren. Diese natürliche Sehnsucht führt dazu, dass sich die Menschen in der Schweiz mehr und mehr dafür interessieren, was in ihrem Quartier, ihrer Gemeinde und ihrer Region passiert. Sie sehen viele lokale Probleme und sie sind bereit und wollen diese lokalen Probleme auch lokal lösen. Damit ist alles Wesentliche gesagt, denn es ist klar, dass man die Probleme dort lösen muss, wo sie sind. Nationale und internationale Probleme auf nationaler und internationaler Ebene, lokale Probleme auf lokaler Ebene! Um Probleme zu lösen, braucht es personelle und finanzielle Ressourcen. Mit anderen Worten: Wir müssen die Geldströme der Politik so legen, damit die Mittel am richtigen Ort sind und damit effizient eingesetzt werden können.

Nun ist Ihnen sicher aufgefallen, dass in diesem grossen Bild der Kanton fehlt. Der Kanton ist je länger je weniger der Ort, wo die Probleme wirklich sind. Damit ist er aber auch je länger je weniger der Ort, wo die Ressourcen eingesetzt werden sollen. Dies gilt nicht nur für den Kanton Aargau, sondern für alle grösseren Kantone in diesem Land!

Was folgt aus dieser Analyse? Ich sehe 8 Punkte:

1. Der Kanton Aargau wird in Zukunft noch mehr als heute damit leben müssen, dass er über knappe Mittel verfügt.
2. Der Kanton lebt über seine Verhältnisse.
3. Der Kanton muss akzeptieren, dass er in vielen Fällen nicht der geeignete Ort der Problemlösung ist.
4. Der Kanton muss Leistungen abbauen bzw. auf die nächst untere Ebene verlagern.
5. Es wird in der Folge auf Gemeindeebene zu entscheiden sein, wie man die Probleme lösen will, welche Mittel man dafür einsetzen und was man sich leisten will.
6. Auf Gemeindeebene haben wir eine viel direktere Beziehung vom Mitteleinsatz des Bürgers zur Leistungserbringung durch den Staat. Der Bürger sieht, was mit seinem Steuergeld geschieht.
7. Damit haben wir gleichzeitig eine bessere Kontrolle über die Politik, denn Transparenz ist bekanntlich die beste Kontrolle.
8. Diese Entwicklung führt beschleunigt zu einer intensiven Zusammenarbeit und dem Zusammenschluss vieler Gemeinden; dies ist nötig und richtig.

Gestatten Sie mir, ein Wort an die vielen Vertreter von Gemeinden in diesem Rat zu richten: Sie täuschen sich, wenn Sie meinen, die Bürger dieses Kantons wären gegen eine Aufgabenverlagerung vom Kanton auf die Gemeinden. Das Gegenteil ist der Fall! Eine Aufgabenverlagerung dorthin, wo die Probleme sind, ist vielmehr gewünscht. Hören Sie bitte mit den Reflexen gegen alles auf, was in diese Richtung gedacht und realisiert wird. Der Trend ist stärker. Wehren Sie sich nicht dagegen! Schwimmen Sie mit dem Strom, damit wir in der dringend notwendigen Problemlösung rascher vorwärts kommen!

Zur ALÜP - zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung: Es geht mir viel zu langsam und es fehlt das Tempo. 6 Jahre nach dem ersten Vorstoss in dieser Sache reden wir darüber, ob wir bereit sind, in gewissen Bereichen tiefergehende Analysen vorzunehmen oder nicht. Umgesetzt ist noch nichts. Mein Appell an die Mitglieder des Regierungsrates lautet: Machen Sie bitte rasch vorwärts und erhöhen Sie das Tempo, indem Sie parallel zu diesem Projekt schon mit dem Budget fundamentalere Massnahmen präsentieren! Ihre 720 Mio. Franken-Ankündigung geht in die richtige Richtung.

Gleichzeitig geht mein Appell aber auch an den Grossen Rat: Geben Sie dem Regierungsrat die nötigen Mittel in die Hand, die Arbeit professionell zu erledigen. Es ist eine grosse Arbeit, diese Leistungsüberprüfung und -hinterfragung. Es braucht dazu kluge Köpfe, intern wie von aussen, und kluge Köpfe kosten etwas. Ein Schlusssatz: Mein Appell geht an alle politischen Leistungsträger dieses Kantons. Öffnen Sie die Augen, sehen Sie die Trends und passen Sie Ihre Politik diesen Trends an! Mit diesem Geist bringen wir unseren Kanton vorwärts!

Heinrich Schöni, SP, Oftringen: Als Mitglied der vorbereitenden Kommission dieses Geschäfts erlaube ich mir zum Eintreten ein paar persönliche Bemerkungen. Das Geschäft hat mit den Massnahmen der Novo Consult, welche so vom Regierungsrat mit Kurzkomentar und einer umfangreichen Botschaft unterbreitet wurde, bereits ein erhebliches Gewicht an Aufgaben und Leistungsüberprüfung.

Ich bin denn auch mit sehr gemischten Gefühlen in diese Beratung eingestiegen und musste bald einmal feststellen, dass unsere Kommission diesem Geschäft wohl das nötige Gewicht entgegenbringt, aber mit einer Prioritätenliste versieht, welche aus meiner Sicht kaum vernünftig umgesetzt werden kann. Zusätzlich wurden dann fast alle Interpellationen der FDP in Massnahmen mit nochmals grosser Dringlichkeit, also Priorität 1 versehen, in dieses Geschäft integriert. Im Weiteren stehen noch einige Massnahmen der Parteien aus, welche noch zusätzlich durch den Regierungsrat behandelt werden müssen, um uns dann in einem nächsten Schub noch zu unterbreiten - wahrscheinlich mehrheitlich wiederum mit der Priorität 1.

Dieses Parlament hat vor einiger Zeit mit grossem Mehr beschlossen, eine flächendeckende WOV-Einführung vorzunehmen. Diese Einführung steht nun mit dem Projekt Reformen der Staatsleitung und der Verwaltungsführung in Vorbereitung. Die Vernehmlassung dazu ist abgeschossen. Das GAT III Projekt steht ebenfalls vor der Tür. Hierzu läuft die Vernehmlassung. Und vor ein paar Tagen hat uns der Regierungsrat im Rahmen der sogenannten Säulenhausgespräche ein Paket zur Entlastung der Staatsrechnung in der Höhe von rund 720 Mio. Franken Einsparungen in den nächsten drei Jahren in groben Zügen vorgestellt. Die De-

tails dazu kennen wir noch nicht. Alle von uns erwarten diese in den nächsten Tagen.

Zudem liegen vor allem aus bürgerlichen Kreisen Motionen und Postulate auf dem Tisch, die massiven Stellenabbau über Stellenplafonierungen und alternative Budgets verlangen. Diese führen nicht nur zu sehr viel Arbeit für den Regierungsrat und die Verwaltung, sondern sie verunsichern auch unsere Gesellschaft! Und zu guter Letzt steht auch schon wieder das Budget für das nächste Jahr 2004 vor der Tür und muss seriös behandelt werden!

Es ist noch nicht lange her, da hat dieses Parlament den Legislatur- und Finanzplan 2003/2006 nicht behandelt, hat es also verpasst, Weichen zu stellen. Ich frage mich, sind wir noch glaubwürdig? All diese wichtigen Geschäfte, die in jeder Beziehung in unserem Kanton, in unseren Gemeinden und bei jedem einzelnen Bürger und jeder Bürgerin zum Teil grosse Veränderungen bewirken werden, sofern sie denn in ihrer ganzen Form umgesetzt werden, brauchen eine verantwortungsvolle Behandlung durch unser Parlament.

Ich frage mich deshalb: Sind wir überhaupt in der Lage diese Geschäfte in zeitlich so gedrängter Form seriös und verantwortungsbewusst zu behandeln? Ich habe meine grossen Zweifel. Ich habe nichts gegen Überprüfung von Aufgaben und Leistungen und ich bin auch bereit dieses Geschäft weiter zu behandeln. Es darf aber nicht nur zu einer reinen Sparübung verkommen.

Ich rufe aber alle hier im Parlament auf, das Fuder nicht zu überladen bzw. uns unserer Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, den Gemeinden und vor allem auch gegenüber den Menschen in unserer Verwaltung bewusst zu sein! Alles auf einmal in so kurzer Zeit verändern zu wollen, kann zu guter Letzt zu einem grossen Scherbenhaufen in unserem Kanton führen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass Sie meine Worte ernst nehmen! Ich mache mir echt Sorgen um unseren Kanton, um seine Menschen und Institutionen. So schlecht, wie es immer wieder dargestellt wird, geht es uns eigentlich nicht. Aber wenn ich mir überlege, was alles verändert werden soll, so sind meine Sorgen sicher nicht unbegründet.

Geri Müller, Grüne, Baden: Mich hat das Votum von Herrn Binder noch einmal hervorgerufen. Er hat 2 Trends aufgezeigt, die man so alleine nicht stehen lassen kann. Das sind 2 Trends, die tatsächlich so stattfinden und da gebe ich Ihnen auch Recht. Aber ich bitte Sie, noch andere Trends bzw. Resultate im Auge zu behalten. 1. Resultat: Bildung: Wir haben mit Schock letztes Jahr feststellen müssen, dass es um unsere Bildung nicht so gut steht. Wir kennen die Rezepte dafür und die heissen meistens Investition und nicht Abbau. 2. Gesundheit. Sie alle wissen, was in der Gesundheit in den nächsten Jahren bei uns ansteht. Der Fall ist auch dort klar: Es geht um Investitionen und nicht um Abbau. 3. Hochwasser. Umweltschäden. Sie wissen, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt ist die Verlängerung dessen, was wir in den letzten Jahren erlebt haben. Kaum ist der Sommer vorbei, stehen die ersten Vorstösse an, um wieder die Landwirtschaft zu subventionieren, um dann vielleicht später Gebiete zu subventionieren, die später vom Hochwasser betroffen sind. Das sind wichtige Trends, die nicht ausser Acht zu lassen sind. Deshalb brauchen wir eine starke Gemeinschaft und wer soll diese Gemeinschaft anders sein, als eben der

Staat, der Kanton, der das zu schützen hat. Ich bitte Sie, diese Trends auch in Ihre Überlegungen miteinzubeziehen!

Vorsitzende: Es liegt keine Wortmeldung mehr aus dem Plenum vor.

Regierungsrat Ernst Hasler, SVP: Ich möchte vorweg der Kommission bestens danken für die Arbeit. Es war eine intensive Arbeit, die mit Emotionen gefüllt war und es ist bei diesem Thema klar, dass das auch Zeit braucht. Ich danke auch für die gute Aufnahme in der Beratung hier. Ich habe nichts von Rückweisung oder Nichteintreten gehört, sondern man hat mit gewissen Nebengeräuschen dem ALÜP zugestimmt. Wir sprechen hier von einer sehr langfristigen und intensiven Entwicklung. Am Anfang jedes Staatsgebildes steht die Arbeit der Sicherheit gegen aussen und gegen innen. Mitte des 19. Jahrhunderts hat dann die Industrialisierung begonnen mit den Infrastrukturbauten, die dann immer wieder zusätzliche Aufgaben dem Staat brachten, wie Stromausrüstung, Flugverkehr, Entwicklung in der neuen Technik, Informatik, die starke Vernetzung über die Kommunikation, über die Wirtschaft und überall. Eines ist dieser Systementwicklung eigen: Sie sehen in den starken Wachstumsjahren der sechziger- und siebziger Jahre eine unheimliche Dynamik, auch bei den staatlichen Aufgaben. Das ging gut bis in die 70-er Jahre, als zum ersten Mal der Ölschock eintrat. Damals merkte man, dass irgendetwas nicht gut in der Entwicklung ist. Aber die massive Auseinanderklaffung kam dann eigentlich erst anfangs der 90-er Jahre, als man die stark wirksam werdenden Beschlüsse der 80-er Jahre merkte und die Wirtschaft praktisch stagnierte. Das zeigte dann, wie gross die Herausforderung war. Damals begann eigentlich die Diskussion, wie können wir mit der in den Wachstumsjahren immer mehr ausgeweiteten Wachstumsfülle weiterfahren? Hier kam man dann darauf, dass wir über die Frage der Kernaufgaben sprechen müssen. Beim Bund hat man dann mit den Reformen begonnen, im Postwesen, Telefonverkehr usw. Es sind bald keine Bereiche mehr vorhanden, die nicht von Reformen betroffen sind. Es geht ganz einfach darum, mit neuen Reformen die Entlastung und den Spielraum bei der Öffentlichen Hand wieder zu erreichen. Auch im Kanton Aargau sind verschiedene Projekte in diesem Sinn erarbeitet worden. Es geht letztlich darum, gemeinsam den politischen Prozess zu gehen von einer Entwicklung in eine andere, die wir gemeinsam machen müssen. Eines ist mir klar geworden bei all diesen Diskussionen, auch mit den Experten: Wir können von Experten gute Grundlagen erhalten und uns danach richten: Aber welche Aufgaben wie in diesem Kanton erledigt werden, das können wir nur gemeinsam mit dem Volk bestimmen! Wir müssen den politischen Prozess miteinander gehen, um diesen Reformen zum Durchbruch zu verhelfen. Das ist eine der schwierigsten und sensibelsten Aufgaben, die es überhaupt gibt. Das ist sicher eine interessante Phase, in der wir drin leben. Aber es braucht auch sehr viel Überzeugung und sehr viel politische Kraft. Insofern glaube ich, dass das Projekt ALÜP eine verantwortungsvolle Sache ist, weil wir hier die notwendigen Veränderungen angehen und ich glaube, es ist der richtige Augenblick, um dies auch zu tun. Man kann nicht in jeder Phase alles verändern wollen. Die Phase muss politisch auch verkraftbar sein. Man muss merken, dass etwas verändert werden muss, sonst haben Sie am Schluss beim Volk keine Chance.

Ich glaube, die Erfahrung - das zeigten auch die Experten - das ist vielleicht auch ein Grund, warum es im Kanton Aar-

gau nicht so einfach geht, wie in vergleichbaren anderen Kantonen. Die Experten sagen uns alle, dass im Vergleich unsere Aufgaben kostengünstig und gut erfüllt werden im Vergleich zu anderen Kantonen. Das zeigt auch, dass es eben sehr viel schwieriger ist, etwas zu verändern.

Sie haben die Kategorisierung der verschiedenen Massnahmen dieser ALÜP und von den FDP-Vorschlägen. Auf diese werden wir ja zurückkommen. Ich bin einfach der Meinung, dass wir dieses Projekt in der Veränderung des Umfeldes und ich bitte Sie kurz um Aufmerksamkeit. Wir haben natürlich seit wir die ALÜP-Vorlage dem Grossen Rat zugestellt haben, haben wir eine weitere Veränderung eher zum Negativen hin. Das hat uns ja dazu gebracht - wir werden im September darauf zurückkommen -, dass wir in dieser Situation ausserordentliche Massnahmen vorschlagen müssen. Die Frage, die hier verschiedentlich angeklungen ist: Das gibt natürlich Überschneidungen zwischen den ALÜP-Massnahmen und diesen speziellen Massnahmen. Hier müssen wir, wenn die Beratung soweit ist, dann entscheiden, wie wir die Zeitpläne für die verschiedenen Massnahmen machen, damit das nicht Überschneidungen gibt, sondern dass man das sauber auseinanderhält!

Eines ist klar: Wenn wir heute eine gesetzliche Änderung machen - und die meisten Massnahmen hier haben gesetzliche Änderungen zur Folge - so ist es frühestens auf den 1. Januar 2006 möglich. Auch hier sind wir schon in einem knappen Zeitraum. D.h. wir müssen uns überlegen, ob wir gewisse Dinge nicht auf dem Weg der Dringlichkeit umsetzen müssen.

Eine wichtige Aussage zu den Finanzströmen: Wir haben im Kanton Aargau ein Problem. In den letzten 20 Jahren sind die Ausgaben der Gemeinden gesamthaft ungefähr gleich stark gestiegen wie das Volkseinkommen gewachsen ist. D.h. also, die Gemeinden konnten mit ihren Steuereinnahmen diese Ausgaben bewältigen und teilweise sogar ihre Steuerfüsse senken. Beim Kanton ist das aber völlig anders. Beim Kanton geht die Schere immer weiter auf. Die Hauptaufgaben im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, Sicherheitsfragen und soziale Fragen bewegen sich hauptsächlich im Aufgabenbereich des Kantons. Diese Bereiche haben ein sehr viel stärkeres Wachstum als das allgemeine Wachstum bzw. als das Wachstum des Volkseinkommens. Hier liegt das grosse Problem des Auseinanderklaffens von Kanton und Gemeinden. Deshalb will der Regierungsrat hier auch in voller Verantwortung, weil wir das nicht einfach so weiterlaufen lassen können, die Frage der unterschiedlichen Entwicklung und der Entwicklung in die Zukunft mit den Gemeinden anschauen.

Wir stehen am Anfang einer verantwortungsvollen Arbeit. Für den Regierungsrat ist klar, dass diese Arbeit nur erfolgreich bestanden werden kann, wenn wir das zwischen Regierung, Grosse Rat, den Betroffenen und der Bevölkerung abhandeln können. Anders werden diese Reformen nicht machbar sein. Wir werden also gemeinsam in eine Arbeit kommen, die sehr aufwändig sein wird. Insofern bitte ich Sie auch um Verständnis, dass dem Regierungsrat für diese aufwändige Arbeit natürlich auch vom Grossen Rat die nötigen Ressourcen zugesprochen werden! Anders kann man das gar nicht bewältigen. Hier werden wir wieder auf Sie zukommen.

Zum Antrag 3: Hier haben wir ja eine Differenz und ich werde darauf zurückkommen.

Ich bitte Sie, im Namen des Regierungsrates auf diese Vorlage einzutreten.

Vorsitzende: Eintreten ist unbestritten. Sie sind somit auf diese Vorlage eingetreten.

Detailberatung

Vorsitzende: Ich schlage Ihnen folgende Vorgehensweise vor: Wir werden die einzelnen Massnahmen 1-58 zuerst in materieller Hinsicht beraten. Dabei geht es nicht darum, inhaltliche Massnahmen zu beschliessen oder Aspekte zu beantragen, wie die Massnahmen auszusehen haben, sondern es geht klar darum, die Prioritäten festzusetzen. Die Legende zu den Prioritäten 1, 2 und 3 finden Sie auf der Seite 3 der rosa Synopse. Nach der materiellen Beratung zur Prioritätensetzung werden wir über die Hauptanträge 1-5 auf Seite 2 befinden. Es gibt keine Opposition gegen dieses Vorgehen.

Staatskanzlei

Massnahme 1 - Verstärkung einer koordinierten Führung

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Die Kommission beantragt mit 12 zu 0 Stimmen Priorität 1.

Zustimmung

Massnahme 2 - Befristung von Erlassen im Leistungsbereich und wirkungsorientierte Ausgestaltung

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: die Kommission beantragt mit 11 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung Priorität 1.

Zustimmung

Massnahme 3 - Bestimmen einer einheitlichen Applikationsplattform für Querschnittsanwendungen

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Die Kommission beantragt mit 13 zu 0 Stimmen Priorität 1.

Zustimmung

Massnahme 4 - Regionalisierung der Verwaltungsaufgaben

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: In der Diskussion wird vor allem damit argumentiert, dass so schnell als möglich Kostenwahrheit hergestellt werden muss, um aufzeigen zu können, ob sich die dezentrale Organisation bezahlt macht. Die Regierung beantragt Priorität 2, damit haben wir hier die erste Differenz. Die Kommission hat die Priorität 1 mit 8 zu 3 Stimmen, bei einer Enthaltung gefällt.

Marcel Züger, SP, Umiken: Zusammen mit einer hauchdünnen Mehrheit der SP-Fraktion bitte ich Sie, dieser Massnahme die Priorität 3 zu geben. Ich kann Ihnen gleich auch mitteilen, dass die andere, ebenfalls hauchdünne Minderheit für Priorität 2 war. Priorität 1 fand bei uns überhaupt kein Gehör.

Mit der Priorität 3, also eigentlich dem Dahinfallen dieser Massnahme, wollen wir uns dagegen wehren, dass die politische Mitbestimmung und damit die Verankerung und auch die Identifikation mit dem Wohnort weiter reduziert wird. In der Beilage zur Zusatzbotschaft finden Sie folgendes Zitat: "Wenn 231 das Gleiche tun, was zum Beispiel 150 tun

könnten, muss ein Effizienzpotential vorliegen." In dieser allgemeinen Form ist dies schlicht falsch! Die Mehrheit der über 200 Gemeinden in unserem Kanton sind kleine Gemeinden. Viel Arbeit wird da zu ausserordentlich günstigen Konditionen erledigt. Tausende und abertausende von Stunden werden zu Gottes Lohn geleistet. Wenn wir Gemeinden zusammenfassen, dann übersteigt der Aufwand rasch einmal das, was jemand im Ehrenamt erledigen kann. Es wird dann sogenannt professionalisiert und das heisst dann, gegen Bezahlung. Besser muss die Arbeit dadurch aber nicht werden. Oft ist sogar das Gegenteil der Fall. Menschen, die einen Teil ihrer Freizeit in einem Amt investieren, legen oft Herzblut in ihr Amt. Es mag zwar sein, dass ab und zu die Rechtsgleichheit nicht gewährleistet ist. Das kann aber auch ganz gut so sein, denn individuelle und massgeschneiderte Lösungen sind nicht immer rechtsgleich. In meiner Gemeinde mit gut 1'100 Einwohnerinnen und Einwohnern kennen wir unsere Pappenheimer sehr genau. Da wissen wir noch, wer wirklich Hilfe nötig hat und wir wissen auch, welches die Schlitzohren sind, die nicht wirklich Unterstützung nötig haben. Im Bericht wird auch gesagt, die kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten sollen bei der Bildung von Verwaltungsregionen sekundär sein. Ich denke, auch dies ist falsch. Gerade die gemeinsamen Wurzeln sollen Vorrang haben vor dem Primat der blossen Effizienzbetrachtung und vor rein ökonomischen Überlegungen. Kooperationen sollen gesucht werden, aber sie sollen von Unten her wachsen. Ich selbst arbeite in meiner Gemeinde daran. Ich weiss, dass in vielen anderen Gemeinden andere Leute auch daran arbeiten. Wie und wo wir die Aufgaben zusammenlegen können, das hinterfragen und untersuchen und tun wir. Wir tun es aber aus freien Stücken und wir brauchen dabei keinen Druck von oben. Ich bitte Sie also, dieser Aufgabe die Priorität 3 zu geben!

Vorsitzende: Es liegt keine Wortmeldung mehr aus dem Plenum vor.

Regierungsrat Kurt Wernli, parteilos: Bei diesem Titel gilt es zunächst klar zu unterscheiden, was effektiv gemeint sein könnte. Ich versuche es: Es ist aus der Sicht der Regierung klar die Meinung, es handelt sich um Verwaltungsaufgaben, die der Kanton wahrzunehmen hat und nicht die Gemeinden. Da haben wir bereits eine Differenz zu den Ausführungen von Herrn Züger. Die Frage, wie weit die jetzt durch den Kanton wahrzunehmenden Aufgaben regionalisiert sind, die stellt sich natürlich dauernd. Diese Frage wurde bereits auch in mehreren Etappierungen angegangen. Es war auch eine Frage, ob gewisse Aufgaben, die von den Gemeinden bisher wahrgenommen werden sollten durch den Kanton und damit in einer Regionalisierung wahrgenommen werden sollen: Beispiel Zivilstandswesen. Hier hat der Grosse Rat ganz klar anders entschieden. Es stellt sich die Frage genau so bei den Grundbuchämtern. Da war die Zuständigkeit nicht bei den Gemeinden, sondern beim Kanton. Wie weit soll man hier weiter regionalisieren? Wir werden demnächst auch beim Betreuungswesen diese Frage zu entscheiden haben. Das ist bis jetzt in der Verantwortung der Gemeinden. Soll man hier eine weitergehende Regionalisierung anstreben und damit auch die Zuständigkeit prüfen: Kanton oder Gemeinden? Schliesslich geht es auch um die Frage der Bezirksämter. Diese nehmen jetzt viele regionale Aufgaben des Kantons wahr. Es gibt dann noch die Forstkreise, die Konkursämter und schliesslich auch die RAVs. All das will nun der Grosse Rat gemäss den Ausführungen von Herrn Heller bereits

realisiert wissen mit der Priorität 1: Umsetzung sofort an die Hand nehmen! So militärisch habe ich das verstanden!

Ja können wir das und wollen Sie das wirklich auch? Die Zielsetzung ist klar. Da sind wir uns einig. Eine Zustimmung der Regierung liegt vor zur Weiterbearbeitung. Aber bitte: Das können wir nun wirklich nicht in einem Guss und sofort umsetzen. Dazu braucht es 1. eine Etappierung, was wir bereits seit mehreren Jahren tun und 2. müssen Sie uns dann gefälligst auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Deshalb beantragt die Regierung Priorisierung 2. Wenn Sie 1 wählen, dann tun Sie das aber im Wissen darum, was Sie tun!

Vorsitzende: Wir haben die Möglichkeit, die Priorität 1, 2 oder 3 zu setzen. Ich werde zuerst den Antrag Züger auf Priorität 3 dem Antrag der Kommission auf Priorität 1 gegenüberstellen. Danach wird der obsiegende Antrag dem Antrag des Regierungsrates auf Priorität 2 gegenübergestellt.

Eventualabstimmung:

Der Antrag der Kommission auf Prioritätensetzung 1 obsiegt mit klarer Mehrheit gegenüber dem Antrag Züger.

Hauptabstimmung:

Für den Antrag des Regierungsrates auf Prioritätensetzung 2: 90 Stimmen.

Für den Antrag der Kommission: 45 Stimmen.

Massnahme 5 - Auslagerung oder Verselbständigung der kantonalen Abteilung Informatik (KAI) prüfen

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Diskutiert wurde die Möglichkeit einer Teilprivatisierung. Der Regierungsrat macht auf 2 Dinge aufmerksam: Einerseits werde der Umstieg auf SAP diskutiert und andererseits werde die Strategie verfolgt, alles zentral zu machen, was zentral gemacht werden könne. Die Kommission beantragt Priorität 1 mit 7 zu 6 Stimmen.

Katharina Kerr Rüesch, SP, Aarau: Eine Auslagerung der Abteilung Informatik KAI soll mit erster Priorität geprüft werden. Wir finden das nicht so prioritär, Priorität in dem Sinne verstanden, wie es in der Behandlung dieses Kenntnisnahmegeschäfts verstanden und gehandhabt wird: Sie wollen die Dinge in erster Priorität nicht nur analysieren, sondern auch durchziehen.

Warum besteht bei der KAI keine Priorität für uns? Diese Abteilung ist eines der Hühner in der Verwaltung, das goldene Eier legt. Das heisst, dass in dieser Abteilung trotz personeller Anspannung beträchtliche Einnahmen generiert werden. So hostet die KAI die Verkehrsämter der andern Kantone mit VIACAR, auch dies eine Sache, die unerklärlicherweise zur Disposition gestellt wird.

Wir erinnern uns daran, dass wir im Gegensatz zu dem, was hier offenbar geplant ist, in der KAI Stellen integriert haben, die vorher extern waren. Das heisst, wir haben auf diese Weise Kosten gespart. Unter dem Titel "Ressourcen holen" können Sie eine solche Auslagerung also nie verkaufen! Eine Sparmassnahme ist das nicht, das ist höchstens ein Geschenk an die Privatwirtschaft. Mit ALÜP hat das nichts zu tun!

In den Erläuterungen lesen wir, wie abhängig der Kanton Zürich von eingekauften Systemen ist und wie viel teurer ihn das als eine eigene Lösung zu stehen kommt. Dazu kommt, dass das hier immer wieder erwähnte System ABRAXAS in Ablösung steht. Man kann überprüfen, wer alles und in welcher Weise mit dem KAI zusammenarbeiten kann. Diese gute Abteilung aber auszulagern, halten wir für keine gute Zielrichtung. Wir beantragen deshalb Priorität 2. Dies darum, weil wir finden, man sollte wirklich prüfen, wer hier mit wem zusammenarbeiten soll. Aber sicher nicht Priorität 1, weil wir gegen eine Auslagerung sind.

Vorsitzende: Es liegt keine Wortmeldung mehr aus dem Plenum vor.

Landammann Peter C. Beyeler, FDP: Die Regierung beantragt Priorität 1. Damit ist nicht entschieden, ob ausgelagert wird oder nicht. Wir müssen aber eine Entscheidung herbeiführen, ob es sinnvoll ist oder nicht. Es gibt durchaus ganz gute Gründe, dass es eben nicht ausgelagert wird, wie es aber eben auch gute Gründe gibt, das auszulagern. Das abzuklären mit allen Faktoren ist eine Sache, die wir jetzt machen müssen. Wir müssen es machen, weil dieses Thema schon seit einiger Zeit latent in unserer Verwaltung hängt und wir müssen hier Klarheit schaffen, damit auch die Leute, die dort arbeiten, wissen, wohin die Reise geht, damit wir richtig investieren können und damit wir die richtigen Personalressourcen haben, damit die Leistung auch stimmt. Ich bitte Sie, dass wir hier die Priorität 1 setzen! Eine Auslagerung muss ganz klar langfristige Vorteile für den Kanton bringen. Das nachzuweisen sind wir verpflichtet und wollen das mit Priorität 1 machen. Stimmen Sie deshalb dem Antrag der Kommission und der Regierung zu.

Abstimmung:

Der Antrag von Regierungsrat und Kommission (Priorität 1) wird mit grosser Mehrheit gutgeheissen.

Massnahme 6 - Verzicht auf interne Softwareentwicklung

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Die Kommission beantragt mit 11 zu 2 Stimmen Priorität 1.

Zustimmung

Massnahme 7 - Aufbau Zentraler HelpDesk und Serverbetrieb

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Ohne Diskussion wurde Priorität 1 mit 13 zu 0 Stimmen beschlossen.

Zustimmung

Massnahme 8 - Statistisches Amt Reduktion/Ertragssteigerung möglich?

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Die Kommission macht deutlich, dass es ihr nicht um Privatisierung geht, sondern um das Ausloten von Optimierungspotential. Die Kommission beantragt mit 7 zu 6 Stimmen Priorität 2.

Zustimmung

Massnahme 9 - Parlamentsdienste im Aufbau

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Wir sind hier erst im

Aufbau begriffen. Wir werden im Rahmen der Staatsleitungs- und Parlamentsreform Vorschläge bekommen. Mit Priorität 2 soll dieser Fahrplan bekräftigt werden. Priorität 2 ohne Gegenstimme von der Kommission beschlossen.

Markus Leimbacher, SP, Villigen: Dass ein gut funktionierender Parlamentsdienst dringend notwendig ist, wissen wir alle, und das nicht erst seit der Verkleinerung des Grossen Rates. Uns Grossrätinnen und Grossräten soll endlich eine Infrastruktur zur Seite gegeben werden, die diesen Namen auch verdient. Die SP kann sich auch mit der Priorisierung 2 einverstanden erklären und wir wissen, dass die entsprechende Vorlage im Rahmen der Parlamentsreform vorgelegt wird.

Ich stelle auch keinen anderslautenden Antrag, erlaube mir aber den Hinweis, dass es wohl kaum gelingen wird, dass der Aufbau der Parlamentsdienste in den Departementen voll kompensiert werden kann. Wir werden uns auch dannzumal gegen eine solche Massnahme zur Wehr setzen: Ein funktionierender Parlamentsdienst verlangt, dass zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Alles andere ist reine Augenwischerei!

Vorsitzende: Es wird kein Antrag gestellt. Regierungsrat und Kommission beantragen übereinstimmend Prioritätensetzung 2. Dies ist somit beschlossen.

Zustimmung

Massnahme 10 - Rechtsdienst des Regierungsrates: Konzentration denkbar; Potential?

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Zuerst entschied die Kommission auf Priorität 1, nach der Diskussion des angeforderten Zusatzberichtes entscheidet die Kommission mit 7 zu 6 Priorität 3, also auf "Nicht weiterbehandeln". Das entspricht ein Einschwenken auf den Antrag der Regierung.

Zustimmung

Departement Bildung, Kultur und Sport

Massnahme 11 - Systemänderung bei den Mittelschulen

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Nach Diskussion, die sich vor allem mit Problemen der Demographie, der Vollkostenrechnung und über Bildungsgutscheine beschäftigte, wird so beschlossen: Priorität 1 mit 11 zu 2 Stimmen.

Marie-Louise Nussbaumer Marty, SP, Obersiggenthal: Die SP-Fraktion beantragt Ihnen, der Massnahme 11 - Systemänderung bei den Mittelschulen - die Priorität 2 statt 1 zu geben. Es sind einige Punkte im Papier der Novo Consult, die uns zu diesem Antrag veranlassen. Wir sind dagegen, dass unsere Kantonsschulen als Konkurrentinnen gegeneinander antreten, um sich gegenseitig Schülerinnen und Schüler abzujagen, weil wir bestreiten, dass auf diesem Weg die Qualität der Schulen gehoben werden kann. Unsere Schulen sind von unterschiedlicher Art und haben so unterschiedliche Voraussetzungen, dass dieser Wettbewerb für die eine oder andere Schule, weil mit ungleichen Spiessen kämpfend, ruinös sein könnte. Jenseits von Gut und Böse sind die im 1. Punkt aufgeführten Bildungsgutscheine. Dagegen wird sich die SP immer und in jedem Fall wehren und zwar, weil diese für unsere Volksschule - mit Betonung auf Volk - und die Mittelschule gehört dazu, das Ende bedeuten würden. Bei-

nahe ebenso vehement lehnt die SP-Fraktion die Überlegungen ab, dass hoheitlich 2 Mittelschulen geschlossen werden könnten. Sparen hin oder her: die Schliessung von Wohlen oder Zofingen liegt für uns nicht drin. Allenfalls drin liegt für uns eine (Zitat) "suboptimale Lösung", d.h. der 4-jährige Leistungsvertrag mit Globalbudget. Dafür braucht es aber die ganze Übung mit Priorität 1 nicht.

Der Kanton Aargau hat im interkantonalen Vergleich eine sehr niedrige Maturandenquote. In unserem ureigensten Interesse müssten wir dafür besorgt sein, diese zu heben! Unter anderem könnten wir dies tun, indem wir uns für Massnahmen einsetzen, dass auch Kinder aus weniger begüterten Kreisen eine Mittelschule besuchen können. Sogar Mittelstandsfamilien können sich heute 2 oder 3 Gymnasialisten oder Gymnasiastinnen - von Studenten oder Studentinnen wage ich gar nicht zu sprechen - bald nicht mehr leisten. Wohlverstanden: Ich spreche hier von einem Besuch der öffentlichen Schule, nicht von einer Privatschule. Angesichts dessen, dass es sich um Kosten von 800 oder 900 Franken pro Kind und Monat handelt, müssen wir alles tun, damit diese für die Familien nicht noch steigen. Nein, diese Kosten müssen gesenkt werden! Die im Leerlaufpapier der Novo aufgezeigte Lösung ist für uns keine und die Hauptstossrichtung wird von uns abgelehnt. Wir könnten uns allenfalls mit Priorität 2 anfreunden und bitten Sie, diesem Antrag, eben auf Behandlung mit Priorität 2, zuzustimmen!

Vorsitzende: Es liegt keine Wortmeldung mehr aus dem Plenum vor.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Die Regierung kann der Priorität 1 zustimmen in Kenntnis, dass grundsätzlich 3 Varianten bei dieser Massnahme vorliegen. Wenn wir die suboptimale Variante wählen, dann ist eine Umsetzung im Rahmen der Priorität 1 durchaus denkbar. Sollten wir die nicht erprobte Variante mit Bildungsgutscheinen wählen, dann müssten wir vorerst abklären, was beispielsweise der finanzielle Aufwand für die ganze Administration wäre und wie die Zuteilung erfolgen sollte. Sollten wir die extreme Variante mit der Aufhebung von 1 oder 2 Kantonsschulen wählen, dann gilt es abzuklären, was für Konsequenzen das bezüglich der Raumbedürfnisse bei den bestehenden Kantonsschulen hat, weil diese ja dann die vorhandenen Schüler auffangen müssen. Dann müssten wir sorgfältig abklären, was das für kostenmässige Auswirkungen hat und was für Investitionen wir da allenfalls vornehmen müssten. Wir sind davon überzeugt, dass das Parlament dann Verständnis haben wird, wenn halt durch gewisse Bauvorhaben und durch finanzielle Restriktionen eine Umsetzung nicht im gleichen Tempo wie beispielsweise Leistungsvereinbarung mit Globalbudget möglich ist.

Abstimmung:

Dem Antrag von Regierungsrat und Kommission (Priorität 1) wird gegenüber dem Antrag der SP-Fraktion klar zugestimmt.

Massnahme 12 - Bezirksschulstandort

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Je konkreter der Vorschlag, desto häufiger die Wortmeldungen. Unter dieser Massnahme wurde geäussert, man dürfe nicht an Forschung und Ausbildung sparen. Die Gesamtkommission war aber der Meinung, dass die Bildungsqualität nicht von der Anzahl

der Bezirksschulen abhängen. Zur Beurteilung dieser ist eine Prognose der Schülerzahlen von grosser Wichtigkeit. Weiter wurde diskutiert, ob diese Massnahme nicht bereits mit REGOS durchführbar wäre. In die Beschlussfassung einfließen müssen auch die Kosten für eventuelle Schulraumbereitstellung. Aus Gründen der Planungssicherheit der Gemeinden sollte diese Massnahme mit grosser Dringlichkeit behandelt werden. Die Kommission beantragt mit 7 zu 4 Stimmen Priorität 1.

Niklaus Stöckli, SP, Klingnau: Die Bezirksschule ist der Typus der Volksschule, der bereits am weitesten regionalisiert ist. Entsprechend sind die Abteilungen an der Bezirksschule am höchsten in der ganzen Volksschule. Sie sehen also, was wir hier verfolgen, ist bei der Bezirksschule schon weitestgehend erfüllt mit wenigen Ausnahmen. Diese betreffen ein paar wenige Bezirksschulen draussen in den Regionen. Ich bezweifle, dass es Sinn macht, diese wenigen Bezirksschulen jetzt noch zu schliessen, denn das ist eine regional-politische Frage. Diese Bezirksschulen sind bei der Bevölkerung enorm verhängt. Die Bevölkerung wünscht diese Bezirksschulen in diesen Regionen und ich bitte Sie deshalb, die Prioritätenstufe 3 zu wählen und nicht 1.

Eva Eliassen Vecko, Grüne, Obersiggenthal: Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Weiterbearbeitung dieses Geschäfts. Wir würden auch den Antrag Stöckli unterstützen. Wir hätten sonst selber einen Antrag gebracht, allerdings aus anderen Gründen. Die Haltung der Grünen ist bei bildungspolitischen Massnahmen eine Zurückhaltung. Langjährige Vorarbeit wurde in den letzten 2 Jahren aus finanzpolitischen Überlegungen in den Wind geschlagen. Der Bildungsbereich erträgt kein Fast Food. Wir sind in diesem Bereich mehrheitlich für nachhaltige, langfristig tragbare Lösungen. Wir unterstützen deshalb den Antrag Stöckli zur Priorität 3. Wir würden allerdings beliebt machen, dass die Massnahme Bezirksschulstandorte und die Massnahme Strukturreform Oberstufe zusammengenommen wird und werden uns dann unter Punkt 14 wieder melden.

Doris Fischer-Taeschler, FDP, Seengen: Nach Ansicht der FDP-Fraktion müssen die Massnahmen 12, 13 und 14 zwingend miteinander verknüpft werden! Sie können nicht unabhängig voneinander betrachtet werden. Deshalb müssen sie auch in der gleichen Priorität eingestuft werden! Wir sind der Meinung, dass Priorität 1 für diese 3 Massnahmen richtig ist. Wir sind auch der Meinung, dass gerade die Massnahme zu den Bezirksschulstandorten, aber auch zu 13 und 14 nicht unabhängig vor dem Hintergrund der Schülerprognosen betrachtet werden können. Die Kinder, welche in 7 Jahren unsere Schulhäuser bevölkern werden, sind bereits geboren. Da kann man relativ gut planen, was dann passieren wird. Wenn die Kinderzahlen tatsächlich so dramatisch sinken, wie wir es zur Kenntnis genommen haben, dann werden sich gewisse Diskussionen und Streitereien um Standorte vor allem auch Qualitätsfragen von sich aus erübrigen. Wir waren uns immer einig in diesem Grossen Rat, dass eine gewisse Minimalgrösse pro Standort erreicht werden muss, damit die Qualitätsstandards auch nur annähernd erreicht werden können. Dringlichkeit und deshalb Priorität 1 besteht nicht zuletzt auch deswegen, weil wir die Gemeinden mit der Priorität 2 nicht auf den St. Nimmerleinstag verströmen können, damit sie wissen, was in diesem Schulbereich überhaupt läuft. Aber wir entscheiden heute nicht darüber, ob und welche Schulen geschlossen oder aufrechterhalten werden sollen. Wir fordern lediglich die

Regierung dazu auf, uns die Grundlagen für solche Entscheide zu liefern. Wenn wir dann die Botschaft haben, können wir aufgrund konkreter Zahlen entscheiden. Sagen Sie deshalb Priorität 1 zu den Massnahmen 12, 13 und 14!

Katharina Kerr Rüesch, SP, Aarau: Also die gerade gehörten Argumente von Frau Fischer gehören doch zum täglichen Geschäft der Bildungsplanung. Das hat doch überhaupt gar nichts mit ALÜP zu tun. Wenn Sie das behaupten, dann ist das Augenwischerei. Jede Gemeinde wird Klassen schliessen, wenn sie diese nicht mehr braucht. Das ist Praxis und wird jeden Tag gemacht. Ich frage mich wirklich: Sind wir hier bei einem Geschäft, das das Geld wert ist, das man schon hineingeworfen hat oder sind wir hier bei einer Alibiübung?

Vorsitzende: Es liegt keine Wortmeldung mehr aus dem Plenum vor.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Ich habe Verständnis für die abgegebenen Voten. Es ist tatsächlich so, dass die Massnahmen 12, 13 und 14 sehr eng miteinander verknüpft sind. Es muss uns bewusst sein, wovon wir sprechen bei dieser Massnahme betreffend der Bezirksschule. Ich appelliere an alle, die irgendwo in einem Einzugsgebiet einer Bezirksschule wohnen und das sind wahrscheinlich die meisten von Ihnen. Wir sprechen je nach Ausprägung der Lösung von der Schliessung von 8-25 von insgesamt 46 Bezirksschulen. Einfach damit das klar ist. Sie können sich ausrechnen, inwieweit Ihre Bezirksschule, die Ihnen am nächsten steht, betroffen ist. Wie dann entschieden wird in diesem Rat, das ist eine andere Frage. Selbstverständlich hat es einen Einfluss auf die Regionalisierung der Primarstufe und selbstverständlich ist das auch verknüpft mit der Strukturreform, wenn wir beispielsweise dazu kommen sollten, dass 6 Jahre Primarschule das Richtige wäre. Sie fordern uns ja auf, die Strukturreform, die wir von der Regierung zur Zeit ad acta gelegt haben, wieder aufzunehmen. Wenn plötzlich in der Primarschule 20% mehr Schülerinnen und Schüler da sind, sieht die Situation wieder anders aus. Man muss dies also im Zusammenhang sehen, wobei wir gewisse Lösungen vorantreiben müssen. Deshalb hatten wir auch diese Differenzierung bei den Massnahmen 12, 13 und 14. So können wir möglicherweise im Nachhinein noch Korrekturen vornehmen. Deshalb schlagen wir bei Massnahme 14 eine andere Priorität vor.

Bei Massnahme 14 nämlich müssen Sie sich bewusst sein, dass Sie mit dem Entscheid des Grossen Rates im Rahmen von STRESA klar Nein gesagt haben zu einer horizontalen Strukturreform. An diesem Entscheid möchten wir nicht rütteln! Gleichzeitig sind wir aber auf Bundesebene damit konfrontiert, dass mittlerweile 3 Standesinitiativen stehen, die eine strukturelle Harmonisierung der Volksschule in der Schweiz gesamthaft wünschen. Diese Standesinitiativen werden gelegentlich behandelt und es macht keinen Sinn, wenn wir vorher entscheiden. Dann gibt es auch noch einen Entwurf zu einem Bildungsartikel für die Bundesverfassung. Dieser Bildungsartikel legt unter anderem in der heute vorliegenden Entwurfsversion fest, dass die Hoheit wohl bei den Kantonen liegt, dass aber die Kantone aufgefordert sind, eine enge Koordination zu treiben und - und das betrifft insbesondere den Kanton Aargau - dass der Bund, sofern die Kantone ihren Koordinationsverpflichtungen nicht nachkommen, festlegen kann: Eintrittsalter, Gliederung der Volksschule, Dauer der einzelnen Stufen, Übertritts- und

Austrittsregelungen. Dann wäre wohl in vielleicht 10 oder 12 Jahren eine Diskussion hier in diesem Rat obsolet.

Ich bin der Meinung, dass wir 12 und 13 mit hoher Priorität vorantreiben können und dann, wenn dieser Entscheid hier im Grossen Rat fällig ist, müssen wir zur Kenntnis nehmen, wie weit die Entscheidung auf höherer Stufe bei der Massnahme 14 schon gefallen ist. Dann müssten wir allenfalls zurückbuchstabieren. Das hindert uns aber nicht, 12 und 13 mit der nötigen Rücksicht auf regionalpolitische Auswirkungen anzugehen und voranzutreiben. In diesem Sinne möchte ich, so die Anträge der Regierung und teilweise auch der Kommission, die Massnahmen 12, 13 und 14 gleichzeitig jetzt besprochen haben.

Abstimmung:

Mit grosser Mehrheit wird der Antrag von Regierungsrat und Kommission (Priorität 1) gutgeheissen.

Massnahme 13 - Regionalisierung der Primarschulen

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Darüber wurde jetzt schon diskutiert. Priorität 1 mit 8 zu 3 Stimmen, Vorschlag der Kommission.

Niklaus Stöckli, SP, Klingnau: Ich wage es noch einmal, Ihnen hier Priorität 3 vorzuschlagen. Ich denke, es kommt hier noch ein anderer Aspekt dazu, den wir bei diesen Überlegungen struktureller Art von vorhin nicht mitberücksichtigen konnten. Bei dieser Massnahme geht es direkt gegen ganz kleine Gemeinden in den Regionen draussen, die kleine Primarschulen haben. Diese kleinen Gemeinden haben an sich schon höchste Probleme, gegen den Trend zur Agglomeration anzukämpfen. Wenn wir diesen kleinen Gemeinden jetzt auch noch die Primarschulen wegnehmen, dann haben wir ihnen den Lebensnerv zur Zukunft gekappt. Ich bitte Sie, die Massnahme 13 bei Priorität 3 einzustufen.

Geri Müller, Grüne, Baden: Ich habe im Eintreten gesagt, wir werden nicht jede Massnahme vor den Rat ziehen, aber hier handelt es sich nun um jene Massnahmen wo eigentlich die Anwältinnen und Anwälte fehlen, weil es hier alles Leute sind, die mehr als 20 Jahre alt sind und eben keine Primarschülerinnen und Primarschüler, die sich wehren könnten.

Das eine hat Herr Stöckli vorhin gesagt: Das ist die Frage nach der Struktur der Gemeinde. Eine Schule ist nach wie vor sehr wichtig als Strukturhaltung einer Gemeinde selbst. Wir haben feststellen dürfen, nachdem wir nun Sommer für Sommer Schulen geschlossen haben, haben, was das für die Gemeinden für Konsequenzen gehabt hat. Zumindest keine positiven. Eltern überlegen sich sehr gut, ob sie in einer solchen Gemeinde einziehen oder nicht. Es geht um eine 2. Sache: Es geht tatsächlich um diese Versprecher, die vorhin gesagt wurden: ALÜP das zu einem ALÜPi führen könnte, zu Milupa führen könnte. Wir sind hier nicht in einer Debatte drin, wie viele Schulen wir schliessen wollen, sondern welchen Trend wir befürworten. Da bitte ich Sie nun, Führungsanspruch zu nehmen. Wir können nicht einfach den Trends nachlaufen. Wir müssen auch sagen, was wir in 20 Jahren effektiv haben wollen, denn wir haben als Parlament auch eine strategische Aufgabe. Wenn wir heute schon feststellen, dass bei den Primarschulen grosse Probleme bestehen, dann müsste man darauf antworten und nicht mit Schliessungen reagieren. Es gibt

einige kreative Umgänge mit der Situation, dass Primarschulen unter Druck kommen. Ich möchte nur einige nennen und dort geht es wirklich um den zweiten, also nicht um die Aufgabenüberprüfung, sondern um die Leistungsüberprüfung. Schulen könnten in Zukunft auch eine Aufgabe übernehmen auf der Basisstufe. Schulen könnten auch im Vorschulalter Aufgaben übernehmen. Dann könnten solche Schulen in Gemeinden zu Zentren werden, wo sich auch Familien und Betagte treffen könnten. Das wäre ein kreativer Umgang damit, statt alles zu schliessen und die Kinder mit dem Auto ins Nachbardorf zu fahren.

2. Effizienz. Das ist das Wort, das mir ins Auge gestochen ist bei der Beantwortung der Vorlage durch Novo Consult. Ich mache Novo Consult keinen Vorwurf, wenn sie von Effizienzsteigerung sprechen. Das ist eine Firma, die sich mit Firmen auseinandersetzt, die um Effizienzsteigerung kämpfen. Aber Effizienzsteigerung in der Schule ist schon ein Wort, das sehr schwierig zu verstehen ist. Beispiel: Eine Schule ist nicht nur dazu da, Kinder mit Daten vollzustopfen, sondern auch, um Kinder zu entwickeln. Das hat aber viel damit zu tun, dass es nicht immer effizient zu und her gehen kann.

Wenn Sie hier jetzt also dieser Priorität 1 zustimmen, dann stimmen Sie einer Tendenz zu, Schulen zu schliessen und zwar nicht, weil es keine Kinder mehr hat, sondern als Programmpunkt der Zukunft. Das kann sich ein Kanton, der sich entwickeln möchte, einfach nicht leisten! Ich möchte einfach, dass Sie sich, wenn Sie jetzt dann gleich aufstehen, daran erinnern, dass wir uns schon noch einmal hier treffen werden, wenn die Schulen geschlossen sind. Dann aber ist der Zug abgefahren. Dann sehen Sie eine grosse Zahl, die man sparen kann, dann wird das umgesetzt und dann werden irgendwelche Schulen geschlossen. Das interessiert uns Erwachsene hier nicht, aber es trifft dann real existierende Kinder, die hier nichts zu sagen haben. Soviel einfach zur Fairness mit der nachfolgenden Generation.

Peter Suter, SP, Murgenthal: Ich komme aus dem Wilden Westen. Wir hatten ein Problem mit Regos. Das führte in der Gemeinde an einem Informationsabend fast zu revolutionsartigen Zuständen. Als Gemeinderat ist das gar nicht lustig. Wenn man das auf der Primarschulstufe machen will, dann trete ich als Gemeinderat zurück. Das mache ich nicht noch einmal mit! Denken Sie doch, wie wichtig es für eine Gemeinde ist, eine eigene Unterstufe zu haben. Wir konnten bei der letzten Sparmassnahme keine Einschulungsklasse mehr anbieten. Wir haben ein behindertes Kind mit dem Taxi 2 Ortschaften weiter in die Schule bringen müssen. Kostenfolge: 15'000 Franken pro Jahr für ein Kind! Ich gratuliere, wenn wir dann zusammenzählen und irgendwo im Bereich von 500'000 Franken landen, Schultransporte, die wir auf den Gemeinden bezahlen müssen.

Vorsitzende: Es liegt keine Wortmeldung mehr aus dem Plenum vor.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Ich weise Sie hier auf die Grössenordnung hin. Wir haben im Kanton Aargau mehr als 50 Schulen, die maximal 3-4 Abteilungen umfassen. Wir sprechen von dieser Zahl, wenn wir von einer Regionalisierung auf der Primarschulebene reden. Je nachdem wie ein Entscheid bezüglich Grundstufe - Basisstufe ausfallen wird, kann dies teilweise wieder anders aussehen. Das können wir noch nicht voraussehen. Ich weise darauf hin, dass diese Situation von der pädagogischen und von der regionalpoliti-

schen Seite her alles andere als erfreulich ist! Sie täuschen sich, wenn Sie der Ansicht sind oder ich den Eindruck vermittele, ich sei als Bildungsdirektor begeistert von solchen Schritten. Es ist ein echter, substantieller Abbau des Bildungsangebotes! Als Regierung haben wir die Pflicht und Schuldigkeit und von Ihnen und der Verfassung den Auftrag, die finanzielle Problematik, nun endlich ernsthaft anzupacken. Es ist ja nicht möglich ein Budget von rund 3,8 Mia. Franken auf der Ausgabenseite zu sanieren, ohne auch den wesentlichen Ausgabenposten von 1,4 Mia. im Departement BKS genau unter die Lupe zu nehmen. Ob meine pädagogische Wehmut hier drin brennt oder nicht, steht dabei nicht zur Diskussion. Wir müssen Lösungen aufzeigen und in diesem Sinne tun wir das auch.

Ich bitte all jene, die gegen diese Massnahmen sind, um Verständnis, wenn wir jetzt versuchen, einen wesentlichen Schritt weiterzukommen! Sie werden letztlich entscheiden, wie weit Sie eingreifen in das, was für jede Gemeinde schlussendlich ein Teil der Lebensader ist. Und das ist die Schule, dessen sind wir uns alle bewusst!

Katharina Kerr Rüesch, SP, Aarau: Ihre Pflicht und Ihre Aufgabe ist nicht die Pflege des Budgets, sondern die Pflege der Bildung in diesem Kanton. In dieser Deutlichkeit, wie Sie das vorhin gesagt haben, dass es hier um den Abbau von Bildungsqualität geht, habe ich dies bisher noch nicht von der Regierungsbank gehört. Ich danke Ihnen für diese Deutlichkeit. Ich bitte Sie aber gleichzeitig, die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen!

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Frau Kerr: Ich habe nicht von Qualitätsabbau gesprochen. Ich habe von einem substantiellen Abbau von Bildungsangeboten gesprochen. Wir haben jetzt gemeinsam mit Ihnen diesen Weg eingeschlagen. Wir können nicht nach einem halben Schritt stehen bleiben. Wir müssen das tun. Wenn mir jemand unterstellt, meine primäre Aufgabe sei die Bildung, dann möchte ich das in Frage stellen. Ich bin Teil dieser Regierung und habe meinen Beitrag zu den zentralen Anliegen zu leisten. Selbstverständlich ist es absolut zwingend, dass wir uns um die Qualität in der Bildung kümmern, die wir anbieten und uns leisten können! Ich kann Ihnen versichern, dass sämtliche Massnahmen und Schritte, die ich seit meinem Amtsantritt mit den Regierungskollegen und im Departement in Bildungsfragen geleistet habe, nirgendwohin wenn nicht auf Qualitätsverbesserung und Leistungssteigerung dieses Bildungssystems zielen. Jetzt haben wir einen Einschnitt in der Breite und in der Tiefe des Angebotes. Es ist somit eine wichtige Aufgabe, bei diesem Eingriff darauf zu achten, dass die Qualität des Angebotes in sich nicht zurückfällt. Deshalb sind auch für mich gewisse Varianten wohl kaum denkbar. Ich bin beispielsweise absolut dagegen, dass das Bildungsangebot nur von jenen genutzt werden kann, die es sich finanziell leisten können. Das wäre ein grundsätzlich falscher Ansatz. Da müsste ich mich in meiner Funktion als Bildungsdirektor wehren. Aber nehmen Sie meine Funktion als Teil dieser gesamten Regierung dieses Kantons wahr!

Abstimmung:

Dem Antrag von Regierungsrat und Kommission (Priorität 1) wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Massnahme 14 - Strukturreform Oberstufe

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Hier haben wir eine Differenz zum Regierungsrat, der weiterbehandeln will mit Priorität 2. Die Kommission beantragt Priorität 1 mit 8 zu 3 Stimmen.

Eva Eliassen Vecko, Grüne, Obersiggenthal: Ich habe vorhin vom Regierungsrat gehört, dass er durchaus auch sieht, dass die Massnahmen 12, 13 und 14 zusammengenommen werden. Wir von der Grünen Fraktion würden diese Massnahmen gerne zusammennehmen. Es wird mir niemand in diesem Saal widersprechen, dass die Bezirksschule ein Teil der Oberstufe ist und Schulfragen muss man vermutlich schon im Gesamtbild anschauen. Ich wiederhole die Haltung der Grünen Fraktion ist eine Zurückhaltung. Es sind langfristig tragbare Lösungen gesucht. Deshalb wollten wir eigentlich einen Antrag stellen, die Massnahmen 12 und 14 zusammenzunehmen und prioritätenmässig zurückzustellen. Ich kann auf diesen Antrag verzichten. Wir schliessen uns dem Regierungsrat an, in der Hoffnung, dass tatsächlich diese Gebilde zusammen angesehen werden. Ich muss allerdings feststellen: wenn wir bei Massnahme 12 und 13 Priorität 1 haben, ich nicht genau weiss, wie das dann herauskommt, wenn Massnahme 14 auf Prioritätsstufe 2 ist. Wir hätten eigentlich ganz gerne 12, 13 und 14 auf Priorität 2 gesehen!

Aber wir unterstützen diese Priorität 2 beim Geschäft 14 ganz sicher. Hier muss man wirklich gewisse Entwicklungen sorgfältig anschauen. Nach dem vielen Geschirr, das im Kanton Aargau mit der Schulreform bereits zerschlagen worden ist und in Anbetracht der schwindenden Ressourcen im BKS gegenüber den wachsenden Aufgaben, gibt es keinen Grund, jetzt plötzlich wieder unmotiviert Gas zu geben!

Vorsitzende: Es liegt keine Wortmeldung mehr aus dem Plenum vor.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Wir haben zwischen Regierung und Kommission im ganzen Bildungsbereich sehr wenige Differenzen in diesem Papier. Ich möchte Sie jedoch bitten, in diesem Punkt dem Antrag der Regierung tatsächlich zu folgen. Ich habe vorhin ausgeführt, wie weit die Frage der Schulstrukturen verknüpft ist mit der Entscheidung auf übergeordneten Bundesebene. Wir kommen nicht darum herum, dass wir die Massnahmen 12 und 13 mit Ihrer Legitimation und deshalb Priorität 1 vorantreiben können. Das wird auch Ausgaben generieren. Das geht nicht ohne zusätzliche Ressourcen, das versteht sich von selbst! Und dass wir, um eben der übergeordneten Entwicklung gerecht zu werden, diese Planung 12 und 13 in Varianten vornehmen müssen, dass wir also beispielsweise die Regionalisierung unter dem Aspekt mit und ohne Basisstufe/Grundstufe, mit und ohne 6. Schuljahr rechnen müssen. Dasselbe gilt für eine Lösung auf Bezirksschulebene. Wenn 6 Jahre Primarschule von oben diktiert werden, dann sieht es nochmals wesentlich härter aus, wenn es darum geht, Bezirksschulen weiterzuführen oder die Weiterführung in Frage zu stellen. Deshalb diese Priorität 2. Ich bitte Sie, in diesem einen Punkt dem Antrag der Regierung zu folgen!

Abstimmung:

Für den Antrag des Regierungsrat (Priorität 2): 94 Stimmen.
Für den Antrag der Kommission (Priorität 1): 39 Stimmen.

Massnahme 15 - Leistungsvertrag Kantonale Schule für Berufsbildung

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Hier geht es um die Zusammenlegung der Entscheidungskompetenz mit der Finanzierung. Die Kommission beantragt mit 10 zu 1 Stimmen Priorität 1.

Eva Eliassen Vecko, Grüne, Obersiggenthal: Die kantonale Schule für Berufsbildung ist mit ihrem Angebot Bestandteil des Projekts "Brückenangebote" und sollte unserer Meinung nach in diesem Zusammenhang bearbeitet werden. Wir stellen deshalb den Antrag, für die Einteilung dieser Massnahme in Priorität 2.

Vorsitzende: Es liegt keine Wortmeldung mehr aus dem Plenum vor.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Es ist richtig, dass diese Massnahme unter Berücksichtigung des Brückenangebotes gedacht werden muss. Das werden wir tun. Ich kann Ihnen versichern, dass wir diese Massnahme nicht in Angriff nehmen werden, ohne die Brückenangebote als zukünftigen Bestandteil der kantonalen Schule für Berufsbildung mitzudenken. Das ist für uns selbstverständlich. Ich bin aber dankbar, dass man nochmals darauf hingewiesen hat. Das muss im Rahmen dieser vorgegebenen Priorität, der die Regierung zustimmt, passieren.

Abstimmung:

Der Antrag von Regierungsrat und Kommission (Priorität 1) wird mit klarer Mehrheit gutgeheissen.

Massnahme 16 - Leistungsverträge und Netzwerke für Berufsschulen

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Hier wurde über die Szenarien Stabilo und Centro diskutiert. Die Priorität 1 wird mit 10 zu 1 Stimmen beantragt.

Emanuele Soldati, SP, Staufen: Im Namen der SP-Fraktion erlaube ich mir, Ihnen folgenden Antrag zu stellen. Der Regierungsrat beantragt im Bereich der Berufsschulen diverse Anpassungen wie Leistungsvereinbarungen mit den Berufsschulen, Benchmarking und Optimierung bzw. Reduktion der Berufsschulstandorte. Die bisherigen aufwandorientierte Finanzierung soll durch Leistungsaufträge, Globalbudgets und Pauschalbeiträge ersetzt werden. Zudem wird die Kantonalisierung der Berufsschulen im Zusammenhang mit dem Aufgabenpaket 3 angestrebt.

Gleichzeitig soll per Anfang 2004 auf Bundesebene das neue Berufsbildungsgesetz vom 23. Dezember 2002 in Kraft gesetzt werden. Die entsprechenden Anschlusserrasse, Verordnungen und Leistungsvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen liegen noch nicht vor. Der Kanton muss im Anschluss hierauf das Einführungsgesetz für die Berufsbildung ebenfalls anpassen. Weiter ist absehbar, dass die Kantonalisierung der Berufsschulen einiges zu reden geben wird. Die Auswirkungen für den Kanton Aargau, die Ge-

meinden und die Berufsschulen sind momentan noch nicht ersichtlich.

Die SP Fraktion ist klar der Ansicht, dass die Aufgaben überprüft werden müssen. Sinnvollerweise ist der Zeitpunkt der Aufgabenüberprüfung in Bezug auf die Massnahmen für die Berufsschulen auf die übergeordnete Gesetzgebung abzustimmen und zu koordinieren. Zügig aber step by step.

Die SP Fraktion beantragt, die Aufgabe mit den anstehenden Anpassungen zu koordinieren und somit mit Priorität 2 weiter zu verfolgen!

Eva Eliassen Vecko, Grüne, Obersiggenthal: Die Grüne Fraktion schliesst sich den Überlegungen der SP an. Wir sind eigentlich gegen die vorgeschlagene Kantonalisierung, wie sie aus den Papieren hervorgeht. Ich erinnere nochmals kurz daran, dass die Fraktion der Grünen von Anfang an für das Modell CENTRO bei den Berufsschulstandorten eingetreten ist. Unserer Meinung nach wäre es sinnvoll, auf längere Sicht die Synergien von Berufsschulen und Mittelschulen zusammenzuführen und das braucht Zeit. Deshalb schliessen wir uns dem Antrag der SP an, diese Massnahme in Priorität 2 zu verlegen.

Vorsitzende: Es liegt keine Wortmeldung mehr aus dem Plenum vor.

Abstimmung:

Der Antrag von Regierungsrat und Kommission (Priorität 1) wird mit grosser Mehrheit gutgeheissen.

Massnahme 17 - Privatisierung Lehrmittelverlag

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Bei dieser Massnahme hatten die meisten Kommissionsmitglieder ein "déjà vu" Erlebnis. Darüber hinaus gehört bekanntlich der Lehrmittelverlag zu den WOV-Piloten. Solange der Aargau eine von den anderen Kantonen abweichende Struktur besitzt, muss der Lehrmittelverlag Lehrmittel selber erarbeiten und kann nicht auf dem normalen Markt einkaufen. Die Regierung ist für ein Weiterbehandeln dieser Massnahme nicht im Sinne einer Privatisierung, sondern im Sinne einer verstärkten Zusammenarbeit mit den deutschschweizer Schulen. Die Kommission beantragt mit 9 zu 3 Stimmen Priorität 1.

*Zustimmung**Massnahme 18 - Schliessung Bauschule Aarau*

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Diese Massnahme hat viele Emotionen ausgelöst. In einem längeren Gespräch mit dem Rektor der Bauschule wurde erklärt, dass bei Schliessung dieser Schule viele Schülerinnen und Schüler an die Fachhochschule wechseln würden und damit erst recht höhere Kosten verursachen würden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der einer zukünftigen Arbeit adäquaten Ausbildung. Der zuständige Regierungsrat nennt das Beispiel der Polierschule, die auch vom Kanton subventioniert, dann aber verselbständigt wurde. Der Kanton gibt dort nun Beiträge für die zu Schulenden in der Höhe der ausserkantonalen Schülerinnen und Schüler. Ein solches Modell sei auch für die Bauschule Aarau denkbar. In der Diskussion ging es nicht um eine Schliessung dieser Schule, da der Wert und die Ausstrahlung über die Kantonsgrenzen hinaus allen bewusst war. Aus diesem Grund wurde auch

einstimmig der Beschluss gefasst, diese Massnahme in "Neuorganisation der Bauschule Aarau" umzutaufen. Unter diesem Titel soll es nun darum gehen, wie das jährliche Defizit gedeckt werden kann. Die Kommission beantragt Priorität 1 mit 10 zu 1 Stimme, bei 1 Enthaltung.

Zustimmung

Massnahme 19 - Anreizmechanismus Einschulungsklassen

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Diese Massnahme steht im Zusammenhang mit der Einführung der Basisstufe. Diese Unterrichtsform ist im raschen Zunehmen begriffen. Abklärungen scheinen in den Augen der Kommission dringend. Die Kommission beantragt mit 10 zu 2 Stimmen Priorität 1.

Geri Müller, Grüne, Baden: Ich möchte einfach ein Votum abgeben zu Handen des Protokolls. Wenn Sie nicht der gleichen Meinung sind, dann bin ich froh, wenn Sie widersprechen, damit wir uns richtig verstehen. In der Kommission gab das natürlich schon zu diskutieren. Grundsätzlich gesehen ist diese Einschulungsklassenidee, wie sie der Kanton Aargau führt, tatsächlich bestritten und man könnte es besser machen. Es gibt 2 Varianten: 1. Diese 105 mal 12'000 Franken spart und dann jedes Jahr 12 Mio. Franken einspart. Daneben schreibt die Regierung - und das finde ich ganz wichtig -, dass mit der Idee der Grund- und Basisstufe das Ganze aufgefangen werden soll. Dann aber gibt es keine Sparmassnahme von 2 Mio. Franken. Dessen müssen wir uns einfach bewusst sein. Das will ich hier zuhanden des Protokolls auch bekannt geben.

Wir haben wirklich bei der ALÜP natürlich Diskussionen geführt, die eigentlich in die EBK gehörten. Nur werden dort die Diskussionen ja dann meistens vom Grossen Rat abgebrochen und nicht zu Ende geführt. Eigentlich ist das eine Fachdiskussion, wie man mit der Sonderschule umgehen sollte und nicht ein ALÜP-Diskussion.

Ich bitte Sie also zur Kenntnis zu nehmen, dass diese 2 Mio. Einsparung wahrscheinlich ein Traum sein werden. Wir müssen uns etwas einfallen lassen, wie wir mit diesen Schülern umgehen, die nicht nachkommen, damit nicht jede Gemeindeversammlung dann besprechen muss, ob man eine Einschulung machen kann oder nicht.

Vorsitzende: Es liegt keine Wortmeldung mehr aus dem Plenum vor.

Zustimmung

Massnahme 20 - Aargauische Maturitätsschule für Erwachsene

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Hier schlägt die Kommission Priorität 3 mit 9 zu 4 Stimmen vor.

Zustimmung

Massnahme 21 - Sektion Sport

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: In diesem Bereich gibt das Bundesrecht den Takt an. Priorität 3 ohne Gegenstimme.

Zustimmung

Massnahme 22 - Berufs- und Studienberatung

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Hier ist eine notwendige Gesetzesänderung per 2005 aufgegleist. Die hier angesprochene Problematik kann dort mitberücksichtigt werden. Die Kommission beantragt Priorität 2 ohne Gegenstimme.

Zustimmung

Massnahme 23 - Sonderschulung, Heime und Werkstätten

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: In diesem Bereich wird Wildwuchs diagnostiziert. Die Kommission beantragt Priorität 1 mit 11 zu 1 Stimmen.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Ich möchte die Ausführungen, in diesem Bereich herrsche Wildwuchs, sehr stark relativieren. Es ist ein sehr anspruchsvoller Bereich. Wir sprechen hier von mehr als 90 Institutionen, bei denen das BKS die Aufgabe hat, eine Aufsicht und eine Führung an der langen Leine mit unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten wahrzunehmen. Das machen die betreffenden Mitarbeiter vorzüglich. Wir sind schrittweise daran, Leistungsvereinbarungen abzuschliessen und das ist mit diesen sehr unterschiedlichen Trägerschaften keine einfache Übung. Es liegt eine von der Regierung abgeseignete Bedarfsplanung vor. Ich finde es - das zuhanden des Protokolls - nicht sehr zutreffend, wenn man in diesem Zusammenhang von Wildwuchs spricht. Es geht hier um die Schwächsten in unserer Gesellschaft, wie bemühen uns! Aber "Wildwuchs" sehe ich da eigentlich nicht!

Zustimmung

Massnahme 24 - Landwirtschaftliche Schulen

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Die Strukturereinigung in der Landwirtschaft geht weiter. Die Kommission fragt nach dem weiteren Weg bei den Landwirtschaftlichen Schulen. Priorität 1 wird mit 14 zu 0 Stimmen beantragt.

Zustimmung

Gesundheitsdepartement

Massnahme 25 - Neue Spitalversorgung 2003

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Hier befürwortet die Kommission Priorität 1 mit 11 zu 1 Stimmen.

Geri Müller, Grüne, Baden: Diese eine Gegenstimme gehörte mir und ich möchte Sie kurz begründen und darauf hinweisen, dass wir diesen Beschluss am 22. November 2002 gefällt haben, im Blindlandflug quasi, denn wir wussten noch nicht, wie das Spitalgesetz aussehen wird, geschweige denn, ob die Bevölkerung dieses annehmen wird. Nun wissen wir, wie es aussieht und die nächste Grossrevision steht mit dem Pflegeheimgesetz vor der Tür. Dort wird dann Fleisch am Knochen sein, denn die Frage wird sein, wer die ganze Sache bezahlen soll. Wenn wir das jetzt hier in die Priorität 1 hineinnehmen, dann sagen wir eigentlich wiederum, dass das eine Massnahme sein wird, die uns viel einschenken kann bezüglich Sparen. Ich warne Sie sehr davor, das so zu sehen. Ich stelle fest, dass in dieser Vorlage so viele Eventualitäten drin sind und so viele Berichte erwartet werden, die sowieso kommen werden und

eindeutig in die Aufgabe einer Gesundheitskommission gehören und nicht einer ALÜP! Dort irgendwelche Sparereignisse zu erwarten, ist blauäugig und verführt uns nur dazu, dass wir mit falschen Geldern rechnen.

Ich bitte Sie, diese Massnahme wirklich aus Zeitgründen, weil wir heute in einer anderen Zeit stehen als am 20. November 2002, dass wir diese Massnahme auf 3 schieben und dass wir zuerst einmal die Fachkommission darüber beraten lassen, was sie zu tun gedenkt, bevor wir die hier vorgeschlagenen Entscheide treffen!

Vorsitzende: Es liegt keine Wortmeldung mehr aus dem Plenum vor.

Regierungsrat Ernst Hasler, SVP: Ich bitte Sie, die Massnahme in Priorität 1 zu belassen, denn es wäre ein völlig falsches Signal, das jetzt auf Priorität 3 zurückzustufen. Wir sind in der Spitalgesetzrevision in der Umsetzung. Wir sind im Pflegegesetz an der Arbeit. Das ist sehr dringend. Das hat nichts mit 3 zu tun. Wir wollen vorwärts machen mit diesem Pflegegesetz. Ich bitte Sie, hier Priorität 1 stehen zu lassen.

Abstimmung:

Dem Antrag von Regierungsrat und Kommission (Priorität 1) wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Massnahme 26 - Volle Ausschöpfung der Bundesbeiträge für die individuelle Prämienverbilligung

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Hier schlägt Ihnen die Kommission Priorität 1 ohne Diskussion vor.

Zustimmung

Massnahme 27 - Verzicht auf die Einführung von TarMed in den kantonalen und kantonal subventionierten Spitälern

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: In diesem Bereich hat der Kanton keinen Einfluss. Das Thema ist aber im Moment sehr aktuell. Die Kommission beantragt Priorität 3 mit 12 zu 0 Stimmen.

Zustimmung

Massnahme 28 - Neues Entschädigungssystem für Chefärzte und Leitende Ärzte

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Hier wird mit einer mittelfristigen Realisierungschance gerechnet. Die Kommission beantragt Priorität 1 ohne Gegenstimme.

Zustimmung

Massnahme 29 - Flächendeckende Einführung mipp in den somatischen Akutspitälern

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: In diesem Bereich erbringt der Aargau eine Pionierleistung. Die zeitliche Realisierbarkeit im Hinblick auf finanzielle Ergebnisse ist in kurzer Zeit gegeben. Die Kommission beantragt Priorität 1 mit 11 zu 1 Stimmen.

Zustimmung

Massnahme 30 - Optimierung des Einkaufs medizinisch notwendiger ausser- und innerkantonalen Hospitalisationen

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Die Kommission beantragt Priorität 1 ohne Gegenstimme.

Zustimmung

Massnahme 31 - Anderer Beschwerdegang bzw. Verselbstständigung des kantonalen Labors

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Die notwendigen Untersuchungen für eine Verselbstständigung bieten die Chance, dass die Definition der Kernaufgaben und ihre Erfüllung genau betrachtet und das Optimierungspotential aufgezeigt werden kann. Die Kommission beantragt Priorität 1 ohne Gegenstimme.

Zustimmung

Massnahme 32 - Anpassung des Liegenschaftswerts bei Berechnung von Ergänzungsleistungen

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Wir bewegen uns hier in einen sensiblen Bereich. Man sollte die Eigenmietwertdiskussion abwarten. Das Problem sollte bei der nächsten Steuergesetzrevision angegangen werden. Die Kommission beantragt Priorität 2 mit 12 zu 0 Stimmen.

Ruth Amacher Dzung, SP, Wettingen: Die SP-Fraktion stellt den Antrag, auf die Massnahme 32 zu verzichten. Es ist stossend, wenn dank der Halbierung des berechneten Liegenschaftswertes Rentnerinnen und Rentner gezwungen werden, ihr Heim und damit die gewohnte Umgebung zu verlassen, für das sie notabene ihr Leben lang gearbeitet und gespart haben. Dies nur, dank eines völlig fiktiven Vermögenszuwachses, dessen Berechnung im Jahr 2002 nochmals stark erhöht wurde. Um diese Situation zu entschärfen, wurde eben die Berechnung des Liegenschaftswertes auf 150'000 Franken angehoben.

Gravierend sind die Folgen vor allem für die Ehepartner und Ehepartnerinnen eines Betagten, der ins Pflegeheim eingewiesen werden muss. Sie werden so gezwungen, zur Finanzierung der Pflegekosten ihr Haus zu verkaufen und werden so aus ihrer gewohnten Umgebung und ihrem sozialen Umfeld gerissen. Auch sind die Kosten für Wohnungsmieten oft höher als die Ausgaben für das Leben im Eigenheim. Es müssen also dann noch mehr Ergänzungsleistungen beantragt werden. Mit einer Halbierung des Liegenschaftswertes werden in erster Linie Kosten verlagert und nicht eingespart, da bei den zurzeit gültigen Pflgetarifen der Betrag des Hauswertes sehr rasch aufgebraucht ist und die Betroffenen dann wiederum auf eine Unterstützung durch die Sozialhilfen der Gemeinden angewiesen sind. Bedenken Sie zudem die immateriellen Schäden. Sind ältere Personen gezwungen aus den vorhin genannten Gründen ihr Haus zu verkaufen, so sind sie stärker gefährdet, psychisch oder physisch krank zu werden und brauchen eventuell auch früher einen Altersheim- oder Pflegeplatz mit Kostenfolgen für die Allgemeinheit. Überlegen Sie es sich daher gut und stimmen Sie unserem Antrag zu, denn auch Sie könnten von den Folgen dieser Massnahme betroffen sein!

Vorsitzende: Es liegt keine Wortmeldung mehr aus dem Plenum vor.

Regierungsrat Ernst Hasler, SVP: Frau Amacher schlägt vor, auf Priorität 3 zu gehen. Ich bitte Sie aber, diese Massnahme bei Priorität 2 zu belassen. Meine Begründung:

1. Als einziger Kanton in der Schweiz haben wir eine Verdoppelung dieser Schwellenwerte für die Anrechnung bei der Bestimmung der Ergänzungsleistung.

2. Begründung: Dass wir das im Zusammenhang mit der erst kürzlich gemachten Anpassung dieser Steuerwerte bei der Steuergesetzrevision, dass wir das im Zusammenhang - das ist ja nur ein Faktor, Frau Amacher, von vielen, die hier Einfluss haben auf diese Bestimmung -, dass wir das im Zusammenhang, wenn es wieder einmal revidiert werden sollte, anschauen müssen. In diesem Sinne ist die Priorität 2 hier zu verstehen, dass wir das nicht schon Morgen machen, sondern bei der nächsten Revision im Zusammenhang anschauen müssen. Daher bitte ich Sie, Priorität 2 zu belassen.

Abstimmung:

Der Antrag von Regierungsrat und Kommission (Priorität 2) wird mit klarer Mehrheit gutgeheissen.

Massnahme 33 - Kantonales Laboratorium.

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Diese Frage wird schon in der Massnahme 28 des Novo Consult Berichtes gestellt. Darum wird die gleiche Priorität beantragt. Priorität 1 mit 14 zu 0 Stimmen.

Dieter Egli, SP, Windisch: Ich möchte mit einem Antrag die Verschiebung der Massnahme von der Prioritätsstufe 1 in die Prioritätsstufe 3 beliebt machen.

Grundsätzlich soll natürlich auch das kantonale Labor nicht von einer Aufgaben- und Leistungsprüfung ausgenommen werden - das möchte ich im Namen der SP-Fraktion klarstellen. Stutzig macht mich aber in diesem Fall die spezifische Formulierung zu dieser Massnahme. Was bitte heisst "Standard reduzierbar"? Welcher Standard soll hier reduziert werden oder reduzierbar sein? Ist damit der Qualitätsstandard gemeint? Oder ist mit "Standard" die Personalbesetzung gemeint, oder allenfalls die Anzahl Kontrollen? Ich kann mir unter dem Wort Standard sehr vieles vorstellen, aber nichts will so richtig in diesen Zusammenhang passen, wo es darum gehen sollte, unmissverständliche, klare Aussagen zu machen. Wenn ich die Beantwortung des entsprechenden FDP-Postulates lese, sehe ich dort nichts, was auf eine solche Reduzierbarkeit eines - wie auch immer gearteten - Standards hinweist. Im Gegenteil: Ein Grossteil der Aufgaben des kantonalen Laboratoriums ist durch Bundesrecht geregelt. Optimierungen sind laufend wahrgenommen worden, nicht zuletzt offenbar mit der WOV-Einführung. Auch die Frage von Privatisierung, Outsourcing wird relativ klar beantwortet. Ich möchte hier nicht alle Punkte aufzählen, die gerade beim kantonalen Labor gegen solche Lösungen sprechen und die in der Beantwortung ausführlich dargestellt werden.

Umsomehr erstaunt es mich nun, in der Synopse einen Begriff zu sehen, der impliziert, dass man im kantonalen Labor "irgendwo, irgendwas" ja wohl schon wird einsparen können. Vielleicht ist diese Wortwahl nur unvorsichtig, vielleicht ist sie bewusst. Jedenfalls ist die Beurteilung mit Blick auf die Interpellationsbeantwortung wenn nicht falsch, dann zumindest inkonsequent!

Aus meiner Sicht ergibt sich eine Dringlichkeit einer Überprüfung in diesem Fall nun wirklich nicht. Es gibt Dringlicheres, das wir überprüfen müssen. Ich kann einer Priorisierung 1 unter diesen Umständen nicht zustimmen. Wie gesagt, wir sind für eine Überprüfung, wir wollen aber mit dem heutigen Entscheid nicht schon den Entscheid zu einem Leistungsabbau beim kantonalen Labor vorwegnehmen. In diesem Sinne bitte ich Sie, unseren Antrag zu unterstützen!

Dr. Johanna Haber, EVP, Menziken: Das Kantonale Laboratorium leistet wirklich ausgezeichnete Arbeit. Wenn "Standard reduzieren" heissen würde, dass hier Personal reduziert werden soll oder sonstwie bei den Apparaturen gespart werden muss, dann heisst das eindeutig Qualitätsabbau. Das können wir uns nicht leisten. Das kann uns andererseits teuer zu stehen kommen, wenn die Gesundheit nicht mehr so kontrolliert wird, wie es das Labor heute tut. Stimmen Sie bitte nicht für Priorität 1, sondern für Priorität 2 oder 3!

Vorsitzende: Es liegt keine Wortmeldung mehr aus dem Plenum vor.

Regierungsrat Ernst Hasler, SVP: Ich bitte Sie zu beachten, dass man bei Massnahme 31 und bei Massnahme 33 beide Begründungen lesen muss, damit man den Zusammenhang erkennt, um den es hier geht. Ich gebe zu, die Aussage "Standard reduzierbar" ist missverständlich. Es geht hier darum, dass man auf Bundesebene neue Wege geht und die Lebensmittel nach Risikogruppen sortiert und danach die Standards der Kontrolle unterschiedlich anwendet. Das will damit gesagt werden. Hier ist man am Umsetzen. Das wird noch weiter so gehen, dass wir in Zukunft differenzierte Kontrollen anwenden. In diesem Sinne entschuldige ich mich für diesen missverständlichen Ausdruck. Ich bitte Sie, auch hier Priorität 1 zu belassen.

Abstimmung:

Der Antrag von Regierungsrat und Kommission (Priorität 1) wird mit grosser Mehrheit angenommen.

Massnahme 34 - Kantonaler Sozialdienst, Asylbewerberbetreuung

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Der Saldo ist im Aargau positiv, das Ganze wird vom Bund finanziert. Im Kanton können wir wenig bewegen, da das eine Bundessache ist. Wir beantragen Priorität 3 ohne Gegenstimme.

Zustimmung

Massnahme 35 - Kantonsärztlicher Dienst

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Auch hier beantragen wir Priorität 3 ohne Gegenstimme.

Zustimmung

Massnahme 36 - Aargauisches Versicherungsamt

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Das Versicherungsamt macht selber Vorschläge zur Prüfung von Aufgabenverzicht. Das Geschäft ist für den Kanton nicht kostenrelevant. Die Kommission beantragt Priorität 1 ohne Gegenstimme.

Vorsitzende: Hier habe ich eine Frage: Der Regierungsrat hält fest daran, eine teilweise Weiterbearbeitung vorzunehmen. Die Kommission beantragt eine gesamthafte Weiterbearbeitung. Ist hier eine Differenz?

Regierungsrat Ernst Hasler, SVP: Wir haben hier das Aargauische Versicherungsamt, eine erfreuliche Sache. Es macht ja verschiedene Gebiete und es geht hier darum, dass wir der Kommission eine ausführliche, etwa zehnteilige Begründung geliefert haben, warum man 1. die Gebäudewasserversicherung in diesem Sinne wie es ist im Versicherungsamt sein lassen soll, dass man 2. die Unfallversicherung, die für die Schulen und das Personal sehr wichtig ist, dort belassen soll und nicht weiter untersuchen muss und 3. geht es noch darum, dass wir die Versicherungspolice für den ganzen Kanton im Versicherungsamt überprüfen. Das machen wir übrigens gratis, so ganz nebenbei. Aber wir sind der Meinung vom Versicherungsamt aus, dass man diese Überprüfung der Versicherungspolice auch irgend wo anders in der Verwaltung anordnen könnte. Das ist der Unterschied: Die Kommission möchte alles untersucht haben bezüglich Verselbständigung und der Regierungsrat möchte das nur im Gebiet der Policen untersuchen und weiterbearbeiten. Daher kommt die Differenz.

Vorsitzende: Prioritätensetzung 1 ist unbestritten und somit beschlossen. Wir stimmen über die Differenz zwischen Regierungsrat und Kommission ab.

Abstimmung:

Der Antrag der Kommission (gesamthafte Weiterbearbeitung) wird mit grosser Mehrheit gutgeheissen. Auf den Antrag des Regierungsrats entfallen 39 Stimmen.

Departement des Innern

Massnahme 37 - Reduktion der Anzahl Bezirksgefängnisse

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Ich möchte mich zuerst noch schnell korrigieren. Bei der letzten Abstimmung hat die Kommission nicht ohne Gegenstimme abgestimmt, sondern mit 10 zu 2.

Zu Massnahme 37: Diese Frage wird auch in der Botschaft "Zentralgefängnisse 2004" aufgeworfen. Hier wurde Priorität 1 ohne Gegenstimme beantragt.

Zustimmung

Massnahme 38 - Entschädigung KAPO für Aufgaben GEPO zu Vollkosten

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Diese Massnahme muss im Zusammenhang mit der Botschaft "Horizont 2003" und mit dem Aufgabenteilungspaket im weitesten Sinne gesehen werden. Die Kommission beantragt Priorität 1 ohne Gegenstimme.

Vorsitzende: Auch hier besteht keine Differenz betreffend Prioritätensetzung. Der Regierungsrat sagt aber, es sei bereits eine Umsetzung im Gange und dem Antrag der Kommission, diese sei um die Überprüfung der Verrechnungssätze zu erweitern.

Regierungsrat Kurt Wernli, parteilos: In dieser Frage bin ich sogar für Priorität 0. Ich nehme an, Sie verstehen meine

Aussage. Was die Kommission hier noch verlangt, Erweiterung um Prüfung der Verrechnungssätze, das haben wir bereits gemacht. Es ist also umgesetzt und vollzogen.

Vorsitzende: Beharrt die Kommission darauf, darüber abzustimmen oder sehen Sie das als umgesetzt.

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Die Frage des "Horizontes 2003" ist noch nicht umgesetzt. Aber diese Thematik wurde in einer 1. Phase aufgegriffen, umgesetzt und wieder vertagt.

Abstimmung:

Der Antrag der Kommission (Erarbeitung soll weiter untersucht werden) wird mit grosser Mehrheit angenommen. Auf den Antrag des Regierungsrats entfallen 30 Stimmen.

Massnahme 39 - Strassenverkehrsamt, Auslagerung VIACAR

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Diese Massnahme wäre schnell zu realisieren, finanzielle Folgen sind keine zu erwarten. Zu hinterfragen bleibt, wie die Partnerkantone auf die Veränderung der Organisationsstruktur reagieren. Die Kommission beantragt Priorität 1 ohne Gegenstimme.

Emanuele Soldati, SP, Staufen: Viacar hat sich in der Schweiz unbestrittenermassen zu einer Standardlösung für die Strassenverkehrsämter entwickelt. Ganz im Sinne einer wirkungsorientierten Verwaltung (WOV) hat das Strassenverkehrsamt für den Kanton Aargau ein äusserst lukratives Angebot geschaffen. Der Kanton Aargau profitiert durch die Beteiligung anderer Kantone in mehrfacher Hinsicht. Die qualitative und quantitative Wirkung bzw. das Einsparpotential wird durch die externen Berater als gering bewertet. Was hingegen tatsächlich fehlt, sind Richtlinien zur Verrechnung der Vollkosten an die anderen Kantone und zur Tragung der Risiken.

Die SP-Fraktion unterstützt den Regierungsrat, die Aufgabe mit Priorität 1 weiter zu verfolgen, erlaubt sich aber folgende Bemerkungen:

Wir wären sehr froh, wenn geprüft wird, wie die interessierten Kantone über Konkordats-Vereinbarungen unter Verrechnung der Vollkosten (Pflege, Weiterentwicklung, Vermarktung und Risiken) eingebunden werden können.

Auf die Auslagerung in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft ist zu verzichten. Solange von Viacar auch Geld in die Staatskasse fliesst, sollte hiervon Gebrauch gemacht werden!

Vorsitzende: Es liegt keine Wortmeldung mehr aus dem Plenum vor. Es liegt kein Antrag vor. Regierungsrat und Kommission beantragen Prioritätensetzung 1.

Zustimmung

Massnahme 40 - Optimierung des Projektes Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Auch hier arbeitet eine Kommission an der Problematik. Die politische Knacknuss wird bei der Kostenneutralität begraben sein. Wir wollen diesen Prozess von unserer Kommission her laufen lassen

und nicht einschränken. Antrag der Kommission: Priorität 1 mit 13 zu 0 Stimmen.

Zustimmung

Massnahme 41 - Vermessungsamt

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Es findet eine Diskussion über das Ausmass der festgestellten Ergebnisverschlechterung statt. Die Kommission befand, dass die aufgeworfenen Fragen wie Personalaufwand im Zusammenhang mit Aufgabenerfüllung, Monopol der Bezirksgeometer oder die Art und Weise der Nachführung einer Beantwortung bedürfen. Die Kommission beantragt Priorität 1 mit 10 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung. Die Regierung will nur teilweise weiterbearbeiten.

Vorsitzende: Es liegt keine Wortmeldung mehr aus dem Plenum vor. Die Prioritätensetzung ist unbestritten und damit beschlossen. Hingegen besteht eine Differenz zwischen Regierung und Kommission, wobei der Regierungsrat eine teilweise Weiterbearbeitung beantragt.

Regierungsrat Kurt Wernli, parteilos: Es besteht Optimierungspotential in Bezug auf die Geosysteme, Informationssysteme, die teilweise im Vermessungsamt erfolgt und teilweise in anderen Departementen. Das wollen wir angehen. Dazu ist ja immer noch auch ein Postulat pending und die Beantwortung soll gelegentlich erfolgen können. Ich hätte Ihnen gerne in der Kommission auf Ihre gestellten Fragen eine Antwort gegeben. Dann hätte sich wahrscheinlich die Frage erübrigt, ob wir in den anderen Bereichen noch weitere Optimierungen vornehmen sollen in Bezug auf die Ergebnisverschlechterung. Es liegt schlicht an folgender Situation: Mit der Privatisierung des Inkassos der Nachführungsgeometer hat sich natürlich eine Ergebnisverschlechterung ergeben. Das ist eine rein buchhalterische Angelegenheit. Das ist die Erklärung zu dieser Situation.

Zum Personalbedarf: Ich rufe Ihnen in Erinnerung, dass seit 1998 das Vermessungsamt die vollständige operationelle Verantwortung für die amtliche Vermessung trägt und wir sehen jetzt auch im Aufgabenteilungspaket 2 vor, das vor der Abstimmung steht, dass wir da eine vollständige Kantonalisierung machen. Gleichwohl haben wir trotz Mehrarbeit beim Vermessungsamt 110 Stellenprozente abgebaut und damit eine klare Verknappung der Ressourcen eingeleitet. Im Bench-Mark mit anderen Kantonen kann ich Ihnen versichern, dass der Kanton Aargau hier ganz klar einmal mehr am Schluss der Rangliste steht.

Wenn Sie hier weiter kürzen wollen in der Stellensituation, dann müssen wir entsprechend auch die Aufgaben reduzieren. Das aber können wir nicht, weil das eine bundesgesetzliche Aufgabe ist, die wir zu vollziehen haben. Dementspre-

chend besteht fast - fast ! - kein Handlungsbereich in diesem Bereich.

Zur Frage des Monopols der Bezirksgeometer: Dem ist nicht so. Die Bezirksgeometer oder Kreisgeometer sind nicht in einer Monopolsituation, weil der Regierungsrat über die Höhe der verrechenbaren Ansätze entscheidet. Das legen nicht die Kreisgeometer fest. Man könnte also durchaus eine Variante prüfen, ob das Vermessungsamt die Datenverwaltung zentral selbst übernimmt oder ob die Grundeigentümer private Anstellungen machen. Beide Modelle würden zu einer Erhöhung der Staatsquote führen. Da sehen einige Damen und Herren in diesem Saal bekanntlich rot. Deshalb muss Ihnen die Regierung beliebt machen, dass wir das hier nicht tun, damit wir hier die Staatsquote nicht auch noch erhöhen mit einem sogenannten Optimierungspotential. Deshalb beantragt Ihnen die Regierung, den Teilbereich Optimierung der Informationssysteme in Bezug auf Geosystem Vermessungsamt an die Hand zu nehmen. Da besteht Handlungsbedarf. Wenn wir das andere auch noch überprüfen müssten, dann würde das unnötige Kosten verursachen durch eine Abklärung und Expertisen. Dieses Geld haben wir nicht!

Abstimmung:

Der Antrag der Kommission (gesamthafte Weiterbearbeitung) wird mit grosser Mehrheit gutgeheissen. Auf den Antrag des Regierungsrats entfallen 42 Stimmen.

Massnahme 42 - Regionale Arbeitsvermittlungszentren

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Hier wird kein Handlungsbedarf zu einer Weiterbehandlung geortet. Die Kommission beantragt Priorität 3 ohne Gegenstimme.

Zustimmung

Massnahme 43 - Ausschaffungszentrum

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Präsident der nichtständigen Kommission ALÜP: Auch wird kein Handlungsspielraum geortet, da das meiste bundesrechtlich vorgegeben ist. Die Kommission beantragt Priorität 3 ohne Gegenstimme.

Zustimmung

Vorsitzende: Wir fahren mit der Detailberatung nächsten Dienstag fort. Damit sind wir am Schluss der heutigen Sitzung. Ich wünsche Ihnen eine schönen Abend und eine gute Heimkehr. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung: 17.10 Uhr.)